

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal zzgl. Postgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 68, Urbanstr. 68 I.

Inserate
bro biergehaltene Zeitzeile 60 Pf.;
Stellenangebote 40 Pf.; für Ver-
bandsmitglieber 40 Pf.; Veramm-
lungsanzeigen zc. 20 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 8.

Berlin, den 17. Februar 1912.

28. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Um die ausgeschriebene Stellung als **Verbandsbeamter für Breslau-Brieg und Gau IV** haben sich 11 Kollegen beworben, aus deren Mitte der

Kollege **Viktor Bruck** in Berlin durch übereinstimmenden Beschluß des Verbandsvorstandes und Ausschusses für das benannte Amt gewählt wurde. Kollege Bruck wird seine neue Stellung baldmöglichst, spätestens aber am 1. April antreten.

2. Eine Erhöhung des Lokalbeitrages von monatlich 10 Pf. auf wöchentlich 5 Pf. wurde von der **Zahlstelle Langenjalza** beschlossen und unsererseits gutgeheißen.

3. Mitte März soll ein neues **Adressverzeichnis** herausgegeben werden. Wir ersuchen darum unsere Bevollmächtigten, das letztersehene Verzeichnis — herausgegeben Mitte November — auf seine Richtigkeit hin zu prüfen und uns die notwendigen Änderungen umgehend zu melden. Im neuen Verzeichnis können nur die Änderungen noch berücksichtigt werden, die uns bis zum 1. März zugegangen sind.

4. Im Anschluß an unsere diesbezügliche Bekanntmachung in Nr. 5 der „B.-Ztg.“ teilen wir mit, daß **alle vor dem 1. Januar 1910 veröffentlichten Ausschlüsse aufgehoben** sind. Ausgenommen hiervon sind aber folgende ehemaligen Mitglieder, die die Organisation ganz besonders schwer schädigten:

Alstob, Albert, aus Hoyt (Ungarn),
Adler, Heinrich, aus Raftatt,
Bolz, Paul, aus Katharinenhof,
Daeppler, Gustav, aus Würenlos (Schweiz),
Mett, Albert, aus Hannover,
Wüstner, Max, aus Erlangen.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten, die von allen Gau- und Zahlstellenverwaltungen zu führenden Verzeichnisse der Ausgeschlossenen entsprechend zu berichtigen. Sollte ein solches Verzeichnis irgendwo nicht vorhanden sein, können dafür eingerichtete Bücher kostenlos von uns bezogen werden.

5. Nachstehend aufgeführte **Mitgliedskarten** bzw. -bücher sind den **Zusatzern abhanden** gekommen. Dieselben werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventuellem Vorzeigen anzuhalten und an uns einzufenden.

Nr. 510 ausgestellt für David Söhrer
" 27 047 " " Wilhelm Pöftgens
" 34 624 " " Richard Schneider
" 55 634 " " Heinrich Rabst
" 63 506 " " Anna Schmidt
" 64 227 " " Hedwig Epple
" 70 985 " " Robert Busch
" 72 823 " " Helene Westel
" 87 220 " " Georg Lange
" 94 514 " " Karl Wadewitz

Nr. 95 096 ausgestellt für Emilie Kohler
" 97 366 " " Luise Adam
" 101 880 " " Berta Graefe
" 102 920 " " Martha Hinrichs
" 116 223 " " Richard Gerber

6. **Ausgeschlossen auf Grund des § 16 b** des Statuts wurden in Berlin der Buchbinder **Franz Bergmann** aus Frederksdorf (W.-Nr. 104 415) und der Präger **Eduard Neumann** aus Starramiße (W.-Nr. 16 750).

Der Verbandsvorstand.

Der Kampf gegen das Koalitionsrecht!

IV.

Die Feinde unseres Streikrechtes rekrutieren sich also nicht nur aus unseren geborenen wirtschaftlichen Gegnern, es ist auch leider bis zu einem großen Teile Arbeiterblut, das gegen ein ungehemmtes Koalitionsrecht Front macht und mit unseren Gegnern paktiert. Das ist ohne Frage das betrüblichste Moment im ganzen Kampf, daß er alle Gefahren eines Bruderkrieges in sich birgt, und wenn wir einem solchen aus dem Wege gehen werden, dann nur dann, wenn die von den christlichen Gewerkschaftsführern geleiteten Massen diesen Verführern die Gefolgschaft verweigern. Der Ausgang der Reichstagswahlen hat allerdings gezeigt, daß mit scharfmacherischen Drohungen kein Staat mehr zu machen ist und daß die Arbeiter je länger je mehr einsehen, wo ihre Rechte gewahrt werden. Die 110 sozialdemokratischen Abgeordneten sind nicht von ungefahr gekommen, sondern sie sind die Früchte jener wüsten Hege gegen die Arbeitererschaft. Und wie ein Keif in der Frühlingsnacht, so wirkte das Wahleresultat denn auch auf unsere Scharfmacher, denen das erhoffte Zuchthausgesetz anscheinend durch die Lappen gehen soll. So schloß die „Post“, als sie die Bedeutung des diesmahligen Wahleresultates erkannte:

„Noch schlimmer (als auf dem Gebiet der „großen Politik“ und der Kolonialpolitik), ja geradezu verhängnisvoll kann die Zusammensetzung des Reichstages auf unsere Sozialpolitik einwirken. Der unserer Industrie wie unserem Gewerbe notwendige, von der Regierung geplante Schutz der Arbeitswilligen kann natürlich von vornherein als abgetan gelten. Gegen rund 110 Stimmen der Sozialdemokratie, rund 60 des Liberalismus und ungefähr 30 Stimmen des Zentrums (sobiel dürften wohl abspalten) würde jede derartige Vorlage oder auch nur der Versuch einer solchen Vorlage glatt erledigt sein. Und was auf der anderen Seite diese sozial-utopistische Mehrheit der Industrie für neue Lasten aufzubürden vermag und wahrscheinlich auch aufzuladen wird, mag die Zukunft erweisen.“

Wenn die Scharfmacher selbst schon ihre Sache verloren geben, wird das Volk ja endlich eine gewisse Sicherheit vor ihren finsternen Plänen finden, sollte man meinen. Aber unglücklicherweise kommen diese schwarzen Anschläge gegen die Koalitionsfreiheit wieder. Charakteristisch an dem „Post“-Seufzer aber ist, daß sie von einem „von der Regierung geplanten Schutz der Arbeitswilligen“ redet. Bekanntlich hatte die „Neue Gesellschaftskorrespondenz“ Mitte Januar die Nachricht verbreitet (siehe auch den ersten Artikel), daß dem neuen Reichstag bald nach seinem Arbeitsbeginn der Entwurf zu einem Gesetz über den Schutz Arbeitswilliger gegen den Streikterroris-

mus vorgelegt werden sollte. Diese Mitteilung fand jedoch bald darauf ein offizielles Dementi in Nr. 15 der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 19. Januar 1912, wo erklärt wurde:

„Aus einer hiesigen Korrespondenz ist die Nachricht in viele Zeitungen übergegangen, wonach dem neuen Reichstag bald nach seinem Arbeitsbeginn der Entwurf zu einem Gesetz über den Schutz Arbeitswilliger gegen den Streikterrorisimus vorgelegt werden soll, damit gewissermaßen die Probe auf das Exempel gemacht werde, ob in dem neuen Reichstage sich eine Mehrheit für nationale Aufgaben finden werde.“

Demgegenüber ist festzustellen, daß der Reichskanzler von Bethmann Hollweg in der Sitzung des Reichstags vom 10. Dezember 1910 erklärt hat: „Bei den weiteren Arbeiten (nämlich über die Reform unseres materiellen Strafrechts) wird geprüft werden, ob und inwieweit es notwendig und möglich ist, das Strafgesetzbuch zu ergänzen auch in der Richtung, daß die persönliche Freiheit und das persönliche Selbstbestimmungsrecht nachhaltiger geschützt wird als bisher.“ Er hat im Verlauf dieser Rede dann weiter dargelegt: „Fürst Bülow hat mehrfach in diesem hohen Hause erklärt, daß Reich und Staat, daß Monarchie und Gesellschaft bei furchtloser Anwendung der gesetzlichen Mittel in der Lage seien, jeden Versuch des Umsturzes niederzuhalten. Derselben Ansicht bin auch ich. Vorschläge zu Ausnahmen egehe ich Ihnen nicht.“

Mit dieser Erklärung ist eigentlich nur gesagt, daß die Regierung darauf verzichtet, die Einschränkung des Koalitionsrechtes in einem Sondergesetz vorzunehmen, dagegen scheint die Aufnahme einengender Bestimmungen in das allgemeine Strafgesetzbuch nach wie vor geplant zu sein.

Die Auslassung der „Post“, die aus ihrem Herzen viel weniger eine Würdegrube macht als sonst jemand, zeigt, wie das offiziöse Dementi zu bewerten ist. Formell mag es vielleicht — und auch nur vielleicht — richtig sein, daß kein ausgesprochenes „Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen gegen den Streikterrorisimus“ geplant war.

Das gleiche geht auch aus einer Nachricht hervor, die eine Berliner Tageszeitung aus Stuttgart brachte, nach der die Vertreter mehrerer norddeutschen Staaten im Bundesrat eine „weitergehende Bekämpfung der Sozialdemokratie durch reichsgesetzliche Bestimmungen“ angeregt haben. Diese Bestrebungen sind aber bei den süddeutschen Regierungen auf Widerstand gestoßen. Die württembergische sowohl wie die badische Regierung stimmten nur einem Schutz der Arbeitswilligen gegen „terroristische Ausschreitungen“ zu, lehnten aber jede gesetzliche Beschränkung der Koalitionsfreiheit entschieden ab. Die süddeutschen Staaten wären danach für eine verdeckte Zuchthausvorlage. Wie und ob die Herrschaften im Bundesrat sich geeinigt haben, wird nicht mitgeteilt. Indes ist es für die Arbeiterklasse ziemlich gleich, ob die Beschränkung des Koalitionsrechts direkt oder in Gestalt eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen vorgenommen wird. Sie wird sich gegen jeden solchen Versuch auf das energischste zur Wehr setzen.

Die „Soziale Praxis“, das Organ der bürgerlichen Sozialreformer, bezeichnet das Verlangen der Unternehmer mit Recht als die Aus-

dehnung der Fabrikherrschafft auf die Straße, und sagt dann in einer Besprechung der in unserem ersten Artikel im Auszug wiedergegebenen Eingabe des Arbeitgeberverbandes Köln über die Kampfesweise der Unternehmer: „Neben die Verwerflichkeit von Uebergriffen und Terrorismus beim Streikposten stehen ist wohl weiter kein Wort zu verlieren. Aber dagegen sind in unserem allgemeinen Strafgesetzbuch und obendrein noch in dem Ausnahmegesetz des § 153 der Gewerbeordnung scharfe Abwehrmittel und Bußen vorgesehen. Doch nicht so sehr um die Beseitigung der Uebergriffe der Streikposten ist es den Abseindern der Eingabe zu tun, als vielmehr um das Streikpostenstehen überhaupt. Der streikende Arbeiter soll sich nicht in der Nähe der bestreikten Fabrik sehen lassen dürfen; er soll keinen Streikbrecher, weder in dessen Wohnung, noch auf dem Wege zur Arbeit, ansprechen dürfen. Denn alles das sind „persönliche Belästigungen und Beeinträchtigungen der Freiheit des Staatsbürgers“, die jetzt nach Ansicht des Kölner Arbeitgeberverbandes durch die Gerichte nicht wirksam geahndet werden. Anscheinend sind den Verfassern der Eingabe die scharfen Urteile unserer Gerichte unbekannt geblieben, die sich gerade die Streikposten aufs Korn genommen und dem Schutzmännlein diskretionäres Verfügungsrecht über die Freiheit des Staatsbürgers, sich im Bereich des Streikgebietes öffentlich zu bewegen, eingeräumt haben. Sind doch selbst harmlose, am Streik völlig unbeteiligte Spaziergänger durch Schulleute aus der Straße, wo eine bestreikte Werkstatte liegt, fortgewiesen und, als sie gegen diesen gewaltsamen Eingriff in ihr gutes Recht protestierten, verhaftet und bestraft worden, obwohl die Ordnung und Sicherheit des Verkehrs nicht in mindesten durch sie beeinträchtigt worden war. Nicht eine „Herrschaft der Straße über die Fabrik“ ist die Gefahr, die wir nach Lage unserer Polizeipraxis und Streikjustiz zu befürchten und zu bekämpfen haben, sondern umgekehrt die Ausdehnung der Fabrikherrschafft über ihre Tore hinaus auf die Straße, auf die außerbetriebliche Bewegungsfreiheit des Arbeiters als Staatsbürger. Oder besteht nicht diese letztere Gefahr, wenn bestreikte Arbeitgeber, denen die Hemmung des Arbeitswilligenszugewogen ungelegen kommt, aus diesem persönlichen Interesse heraus eine völlige Beseitigung des Streikpostenstehens, d. h. des wirksamsten Mittels zur praktischen Geltendmachung des Streikrechts, fordern und die streikenden Arbeiter von Gesetzes wegen sozujagen mit Stubenarrest bestrafen wollen? Die Arbeiterschaft mit ihren Lebensformen hat kein wirksameres Verfügungsmittel untereinander als das Wechselwort von Mund zu Mund, und gegenüber den

Arbeitswilligen, deren Verhalten für die Streikenden von größter Bedeutung ist, fehlt diesen überhaupt jedes sonstige Mittel. Mit Brief und Telephon geht es nicht. Die Arbeitgeber brauchen natürlich bei Arbeitskämpfen keine Streifenstreikposten zur Sperrung der Kollegenbetriebe für die ausgesperrten Arbeiter. Dazu haben sie die schwarze Liste der unbotmäßigen Ausgesperrten, die den übrigen Betrieben mitgeteilt wird; oder der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes mit seiner Personalkartenkontrolle besorgt die Kennzeichnung der Arbeitskämpfgegner und macht ihre Zulassung zu den Arbeitsstätten des Gewerbes unmöglich. Dieser öffentliche Überhaupt nicht kontrollierbare Kampfpostenendienst der Arbeitgeber, der einseitige Arbeitsnachweis mit seinen schwarzen Büchern, dünkt uns ein viel bedenklicheres Mittel beim kriegerischen Austrag der sozialen Interessensdistanz zwischen Arbeitgeber und Arbeiterschaft, als das offene Streikpostenstehen unter den Augen der Polizei. Im übrigen werden Uebergriffe von Streikposten immer seltener vorkommen, je vollkommener und geschulter die Organisation der Arbeiter ist. Möge man dieser glatte Bewegungsfreiheit geben, dann werden manche heut noch angebracht Klagen verstummen, obendrein werden sich auf dem Wege der gegenseitigen Verständigung von Organisation zu Organisation viele unnütze Streiks und Aussperrungen vermeiden lassen.“

Das sind recht wohlgezielte Ohrfeigen, die den Scharfmachern von dem bürgerlichen Platte verabsagt werden. Auf die Unberoutheit des Scharfmachertums wird das allerdings wenig Eindruck machen. Um so mehr müssen die Arbeiter auf dem Posten sein, um jede, auch die geringste Einschränkung des Koalitionsrechtes sofort zurückzuweisen.

Zurzeit liegen die Pläne unserer Scharfmacher und deren Eibeshelfer klar: Sie wollen das Koalitionsrecht unter allen Umständen einschränken. Die Formel, unter der das geschehen soll, ist allerdings noch nicht gefunden. Unbekümmert aber darum, ob Bethmann Hollweg dem Reichstag ein besonderes „Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen“ vorlegen wird, oder ob er die Einschränkung des Koalitionsrechtes auf andere Weise versucht, etwa durch die Verschärfung der entsprechenden Bestimmungen des Strafgesetzbuches usw., wird unsere Aufmerksamkeit vollständig den Dingen gewidmet sein müssen, die da kommen sollen. Hatte es in den letzten Tagen den Anschein, als wenn der neue Reichstag eine Vorlage nach dem Herzen der Scharfmacher ohne weiteres unter den Tisch fallen lassen würde, so geben die Ereignisse, die sich um das Komödienpiel der Reichstagspräsidentenwahl herumgruppieren, uns wohl zu denken Anlaß. Wir werden uns das geringe Recht, was wir haben, unter keinen Umständen nehmen lassen.

Zum gleichen Thema wird uns noch geschrieben:

Das wüßte Geschrei der agrarischen und industriellen Scharfmacher nach ausnahmegesetzlichen Einschränkungen des Koalitionsrechtes beruht zum größten Teil auf dem Vorgehen einer tendenziösen Justiz, die ihre Rechtsprechung den vom Interessen- und Klassenstandpunkt diktierten Anschauungen der schlimmsten Arbeiterfeinde mehr und mehr anzupassen bestrebt ist. Anders ist es nicht zu erklären, daß die Herrenmenschen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die agrarischen und industriellen Unternehmer, mit ihren frechen Plänen gegen das Koalitionsrecht und damit gegen jede Besserstellung der arbeitenden Bevölkerung vor die Öffentlichkeit treten können.

Es ist nur zu offenbar, daß die unsoziale Lage der arbeitenden Bevölkerung dringen einer durchgreifenden Besserung bedarf. Volkshygiene und Volkswohlfahrt hängen in erster Linie davon ab, daß der Arbeiter unter gesunden Bedingungen leben kann, daß er genügend Luft und Licht, genügend Zeit zur Erholung und zur Auffrischung seiner verbrauchten Kräfte, daß er genügend Lohn erhält, um all diese für Volkshygiene und Volkswohlfahrt notwendigen Voraussetzungen schaffen zu können. Leider ist die Wohnungs- und Nahrungsnot riesengroß, und leider gründen sich auf dieser Not und diesen unsozialen Verhältnissen der arbeitenden Bevölkerung die immer mehr anwachsenden Riesengewinne der Herren unserer heutigen Gesellschaftsordnung.

Aber sobald die Arbeiter ihre Wünsche nach Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne vortragen, so wird auch sogleich vom Unternehmertum auf die Unmöglichkeit hingewiesen, den berechtigten Forderungen der Arbeiter nachzukommen. Immer wird die ablehnende Haltung mit der Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit zu begründen versucht. Da aber dem Unternehmertum Konkurrenzfähigkeit gleichbedeutend ist mit Profit, so heißt das: die erhobenen Forderungen der Arbeiter mögen ja berechtigt sein, sie können aber nicht erfüllt werden, weil der Profit alsdann so großen Schaden erleiden würde, daß dem Unternehmertum das weitere Interesse an der Aufrechterhaltung der Betriebe genommen ist. Die Unternehmer betonen also ausdrücklich ihren Willen, an den unsozialen Verhältnissen der arbeitenden Bevölkerung im Interesse der Riesengewinne festzuhalten. Dazu paßt aufs beste die stehende Nebenart der Unternehmer: Ich kann nichts beivilligen; wem es aber nicht paßt, dem steht es frei, sich eine bessere Stellung zu suchen! Als ob sie nicht selber wüßten, daß dann die auf Besserung ihrer Lage bedachten Arbeiter ewig suchen müßten! Treffender als mit diesen Unternehmerworten des Hohns kann die soviel gerühmte kapitalistische Freiheit und die Humanität des Unternehmertums nicht charakterisiert und gebrandmarkt werden.

An der Warthe.

Erzählung von Karl Wuffe.

V.

Eines Tages kam Waffia zu dem Schulzen.
 „Was wollt Ihr?“
 „Ich will fragen, ob Ihr schon über das Schicksal Bogdan Wyrimba beschlossen habt.“
 „Seid Ihr so neugierig?“
 „Vielleicht, vielleicht auch nicht. Hört, Schulze, was ich sagen will. Sie nennen mich Hexe, nun, Ihr laßt darüber wie ich. Ich bin eine gute Katholikin und bel' den Rosenkranz wie jede andere christlich ab. Seit der Ertrunkene mir den Hund getötet hat, bin ich ganz allein. Ich hab' nichts mehr, wofür ich sorgen kann. Und das macht dumme Gedanken. Deshalb dacht' ich bei mir: „Du gehst zum Schulzen und fragst ihn, ob er Dir den Bogdan Wyrimba in Pflege geben will.“
 „Was andere hatte der Schulze erwartet — das nicht. „Was redet Ihr da für Zeug, Waffia Dvorak? Hat das Kind nicht Euren Hund geworfen?“
 „Das hat es. Ich will es lehren, das nicht zu tun.“
 „Ihr seid ein merkwürdiges Weib.“
 „Nur sein, Schulze. Redet mit den Richtern in der Stadt oder wer da befiehlt, was weiß ich. Der Bogdan soll's gut bei mir haben, und sein Erbschaft bleibt ihm. Ich will keinen Pfennig dafür. Ich will nur jemand um mich. Sonst ist alles, was ihm heut gehört, in zehn Jahren als Kostgeld bezahlt. Gebt Ihr ihn mir, hat er ein schönes Stück Geld, wenn er erwachsen ist. Und paßt Euch die

Pflege nicht, so könnt Ihr ihn mir ja tagtäglich nehmen.“

Es gab lange Verhandlungen, und Waffia Dvorak wurde vergeblid' geredet haben, wenn sich eine andere Möglichkeit geboten hätte. Aber die Bauern wollten nichts Fremdes im Haus, es sei denn gegen reichlichen Ersatz. Und so geschah das Unerwartete, daß Bogdan Wyrimba zu der Hexe kam. Es dauerte Wochen und Monate, ehe Waffia sich das Herz des Kindes erwarb. Immer neue Geduld und Liebe brauchte es, um Trost und Furcht in dem Knaben zu bannen. Aber seit der schrecklichen Szene auf der Warthe war die Hexe eine andere geworden. Und der Tag kam, wo Bogdan die Arme um ihren Hals schlang und sie an sich drückte. —

Die Jahre vergingen, das Kind ward größer. Die Erinnerung an seine Eltern erlosch mehr und mehr. Waffia Dvorak erzepte sie ihn, daß er den Verlust nicht fühlte. Und als die Dörfler sahen, mit welcher Liebe Bogdan Wyrimba an seiner Pflegemutter hing, wurden sie freundlicher. —

Bogdan war längst aus der Schule. Er half Waffia Dvorak in der Wirtschaft. Er kam, als die einzige Stütze der Mitgewordenen, vom Militär frei. Er wurde großjährig und mußte in die Stadt aufs Kreisgericht. Dort sollte er die Rechnungen prüfen, die man ihm vorlegte. Er sagte ja, schrieb seinen Namen und konnte frei über eine für die örtlichen Verhältnisse nicht unbedeutende Summe verfügen. Schon wollte er sich auf den Heimweg machen, als ihm ein seit sechzehn Jahren beim Gericht niedergelegtes Schreiben eingehändigt ward. Er stützte

„Mein geliebter Bogdan!
 „Ich schreibe dieses für Dich auf. Ich werde vielleicht sterben, und wenn ich tot bin, wird Dir niemand sagen, was Du tun sollst. Du wirst dann bei fremden Leuten aufwachen. Dein Vater war ein guter Mensch. Er würde noch lange Zeit gelebt haben und Du wärest keine Waise, wenn es nicht schlechte, heidnische Menschen gäbe. Diesen Brief wirst Du erst bekommen, wenn Du groß bist. Dann gehe ins Dorf oder über die Warthe nach dem Rauerberg und suche nach Waffia Dvorak, der Hexe. Wenn sie noch lebt, dann gehe hin zu ihr und sage: „Mich schickt Lucretia Wyrimba und Maryla Wyrimba. Sie können sich nicht mehr an Dir rächen, denn beide sind tot. Aber ich bin ihr Sohn!“ Und dann nimm das Ruder ihres Bootes und sage: „Mit diesem Ruder hast Du meinen Vater erschlagen, daß er ertrunken ist. Seine Seele ist im Himmel. Mit diesem Ruder schlage ich Dich, daß Du zur Hölle fährst!“ Leb wohl, Bogdan, mein geliebter Sohn. Und hast Du Waffia Dvorak, die Hexe, getötet, so komm an mein Grab und sag es mir. Möge Dich die heilige Jungfrau immer segnen! Das wünscht Deine Mutter Maryla Wyrimba.“

Bogdan zitterte an allen Gliedern. Er wollte den schwerfällig geschriebenen Brief noch einmal lesen. Aber vor seinen Augen war ein Kimmern. Waffia Dvorak, seine Pflegemutter, die er über alles liebte, hatte seinen Vater getötet! Waffia Dvorak, seine Pflegemutter, die er über alles liebte, sollte er mit dem Ruder des Rahmes niederschlagen. Laufend Gedanken und Empfindungen tauchten in ihm auf. Sein ganzes Inneres war in Aufruhr. Endlich entschloß er sich, den Schulzen

So bleibt den arbeitenden Massen in der Tat nichts anderes übrig, als Selbsthilfe zu üben. Sie müssen sich jede noch so geringe Aufbesserung der unzulänglichen Löhne, jede noch so winzige Arbeitszeitverkürzung und jede kleine und augenblickliche Verbesserung ihrer beruflichen und sozialen Verhältnisse in oft langwierigen und opferreichen Kämpfen erringen, erringen gegen den Willen ihrer Ausbeuter. Und so namhaft die Erfolge der Arbeitskämpfe für die Arbeiter schon gewesen sind, der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmungen haben sie noch nicht geschadet.

Die Scharfmacher im Unternehmerlager aber können es nicht verhindern, daß es den Arbeitern wirklich gelungen ist, sich in ihren starken Organisationen einen nachhaltigen Schutz ihrer Interessen zu schaffen. Wo nur immer die Arbeiter dazu übergehen, ihre unsozialen Verhältnisse zu verbessern, da erhebt sich der Haß und die Rachsucht der Unternehmer gegen sie. Alle übrigen Kreise und Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft werden gegen die sogenannte Unbotmäßigkeit, Ungehorsamkeit und den Terror der Arbeiter aufgerufen. Obwohl der unsoziale Sinn und die Profitgier des Unternehmers schuldig ist, sollen es doch immer die Arbeiter gewesen sein, die den Frieden, den ihnen die so humanen und menschenfreundlichen Unternehmer voller Selbstlosigkeit so gern erhalten hätten, gestört haben. Voller Entsetzen schreien die Unternehmer: die bösen Arbeiter wollen die Arbeitgeber und das Gewerbe ruinieren, indem sie uns mit der Androhung der gemeinsamen Arbeitseinstellung und den Arbeitswilligen mit der Androhung der Berufsruhmklärung die Pistole auf die Brust setzen!

Und die Justiz erweist sich den Demagogen des Scharfmachertums zugänglich. Mit den denkbar schärfsten Strafen werden die kämpfenden Arbeiter verfolgt. Aeußerungen, die unter Umständen niemand beachtet haben würde, werden, sobald sie gegen Arbeitswillige getan sind, mit schwereren Strafen belegt. Mit dem Groben-Anflug-Paragrafen wird gegen das Streikpostenstehen vorgegangen, und Anklagen von Streiks werden als Erpressung „geahndet“. Da entsteht mit Recht die Frage, was denn das Geschrei der Scharfmacher nach ausnahmsweise bestimmten Bestimmungen gegen die organisierten Arbeiter eigentlich noch bezwecken soll. Schlimmer kann es doch gar nicht mehr kommen.

Wahr ist, daß den Arbeitern die Pistole auf die Brust gesetzt wird. Zeigen sie sich nicht dem Willen des Unternehmers gefügig, dann droht Hunger und Verfolgung. Wahr ist, daß die Scharfmacher dem Unternehmer die Pistole auf die Brust setzen, der einen sozialen Sinn besitzt und ihn gegenüber den Arbeitern auch betätigen will. Dann schrecken sie selbst nicht davor zurück, ein blühendes Unternehmen zu vernichten, um den Einsichtigen zur Nachgiebigkeit zu zwingen, zur Nachgiebigkeit gegenüber Unverstand und Bosheit.

aufzusuchen. Der war eisgrau geworden. Bogdan sagte nichts von dem Brief. Er dankte für die Vormundschaftspflege, obgleich er wenig davon gespürt hatte, und sprach: „Ihr seid alt und habt viel erfahren. Gedenkt Ihr des Tages, da mein Vater starb?“ Der Greis bewegte die Lippen. „Die Warthe birgt viele, mein Sohnchen. Dein Vater hatte sie lieb und sie hat ihm doch den Tod gebracht. Was soll man da reden?“

„Und wie ist er ertrunken? Man sagt, Bassia Dvorak habe zugehauen und geschossen.“

„Man sagt viel. Drei waren dabei. Dein Vater, der konnt' nicht mehr reden. Bassia Dvorak, sie wird es nicht sagen. Deine Mutter — je nun, sie hat's durchs ganze Dorf geschrien. Laß die alten Geschichten. Deine Eltern sind tot, und Bassia Dvorak hat Dir Gutes getan.“

Bogdan Wyrimba schritt heim. Der Schülze wußte also darum, seine Mutter hatte recht. Vor der Hütte am Mäuserberg saß Bassia. Die Ziege fraß ihr aus der Hand.

„Was ist Dir, Liebling?“ fragte sie und sah in sein Gesicht. „Bist Du nicht zufrieden? Es ist Geld genug für Dich.“

„Es ist nicht das Geld,“ sprach Bogdan. Und dann trat er auf sie zu. „Bassia Dvorak, ich danke Dir, daß Du mir viele Jahre Gutes getan hast. Du warst zu mir wie ein Vater und eine Mutter. Hast Du meinen Vater und meine Mutter gut gekannt?“

Die Alte war aufgestanden. Mit starren Augen sah sie ihn an. Wie abwesend streckte sie die gitterige Hand aus. „Liebling,“ sagte sie tonlos, „wie sprichst Du zu mir?“

Aus unserem Beruf.

Arbeitslosenstatistik.

Bei der Berichterstattung an das Kaiserliche Statistische Amt über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden wurden an dem für den Monat Januar in Betracht kommenden Stichtag — 27. Januar — durch unsere Organisation in 132 berichtenden Zahlstellen mit 15 556 männlichen und 14 501 weiblichen, zusammen 30 057 Mitgliedern, 541 männliche und 477 weibliche, zusammen 1018 am Orte befindliche arbeitslose Mitglieder festgestellt. Außerdem sind an diesem Tage noch 39 auf der Reize befindliche männliche Mitglieder und 1 weibliches Mitglied in diesen Zahlstellen zugereist, so daß insgesamt in den 132 Orten 1058 arbeitslose Mitglieder ermittelt wurden.

11 Zahlstellen mit zusammen 353 männlichen und 135 weiblichen Mitgliedern haben nicht berichtet und sind daher in obigen Zahlen nicht mit enthalten.

Auf je 100 Mitglieder kamen bei den männlichen 3,7, bei den weiblichen 3,3 und bei beiden zusammen 3,5 Arbeitslose. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Berichterstattung in den Vormonaten sowie in den gleichen Monaten der beiden letzten Jahre ergibt folgende Bild:

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtag (am Ort u. auf der Reize befindlich)			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder					
	m.	w.	auf.	1911			1910	1909	
				m.	w.	auf.			
Januar . .	617	449	1066	4,0	3,3	3,7	2,9	4,2	
Februar . .	587	392	929	3,5	2,9	3,2	2,8	4,4	
März . . .	428	281	709	2,8	2,0	2,4	2,5	3,7	
April . . .	402	290	632	2,7	1,7	2,2	2,7	3,5	
Mai	486	246	732	3,2	1,8	2,5	3,1	3,8	
Juni	578	262	835	3,8	1,9	2,9	2,8	4,0	
Juli	600	287	887	3,9	2,1	3,1	2,9	4,3	
August . .	598	328	896	3,8	2,3	3,1	2,4	4,3	
September .	451	194	645	2,9	1,4	2,2	2,3	2,9	
Oktober . .	441	285	726	2,9	2,0	2,5	1,8	2,7	
November .	346	244	590	2,2	1,7	2,0	2,0	2,1	
Dezember .	497	333	851	3,1	2,4	2,8	2,9	2,8	
							1912	1910	
Januar . .	580	478	1058	3,7	3,3	3,5	3,7	2,9	

Von den 11 Zahlstellen Apolda, Bielefeld, Darmstadt, Düren, Grimma, Görlitz, Hildesheim, M.-Gladbach, Ruhla, Weissenfels und Zwickau sind die Berichtsarten nicht eingesandt worden.

Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914.

Am 23. Januar fand in der Ausstellung Leipzig eine gemeinsame Sitzung des Direktoriums mit den Vertretern der verschiedenen wirtschaftlichen

„Ich hab' Dich bis jetzt Mutter genannt!“

„Wis — jekt.“ Langsam tasteten die Finger nach der Hand.

„Bassia Dvorak,“ redete er weiter, „lies diesen Brief.“

„Von wem?“

„Vom Gericht. Meine Mutter hat ihn geschrieben. Meine richtige Mutter. Wohl wenige Tage vor dem Tode.“

Das Haupt der Alten sank vor. „Deine — richtige Mutter! Ich kann — nicht mehr lesen — lies selbst!“

„Hörst!“ Wort für Wort, ganz langsam, las er das Schreiben. Es blieb lange still danach. Die Warthe rauschte.

„Bassia Dvorak, was wirst Du hierauf erwidern?“

Die Alte flüsterte vor sich hin. „Viel konnt' ich sagen. Es nißt nichts. Marjla Wyrimba, Du bist stärker als ich.“

Und plötzlich schien ihre Kraft zurückzukehren. „Bogdan Wyrimba,“ sprach sie, „komm mit.“ Sie ging voran, zum Fluße hinab. Er folgte ihr. Als sie am Kahn standen, richtete Bassia Dvorak sich auf. Ihr Haar war weiß. „Bogdan Wyrimba, hier ist das Ruder. Gott sei mir und Dir gnädig!“

Und sie kreuzte ihre Arme und wartete, das geblickte Haupt tief geneigt.

Der Sohn des Fährmanns stand unbeweglich auf das Ruder gelehnt, das nach seinem Vater geschlagen. Dann warf er es nieder und ging davon, die Warthe entlang. Als Bassia das Haupt erhob, sah sie ihn immer weiter wandern, dem Laufe der Warthe folgend. Sie rief ihn nicht. Sie blieb

Vereinigungen des Buchgewerbes statt, um deren Mitwirkung an dem großen Unternehmen zu sichern. Der vorläufige Organisationsplan wurde ergänzt und grundsätzlich festgesetzt, so daß nun demnächst an die Bildung eines Gesamtschusses und der verschiedenen Arbeitsausschüsse der Gruppen herangetreten werden kann. Von besonderer Bedeutung war die Anwesenheit von Geheimrat Prof. Dr. Lamprecht, der den Plan einer kulturgeschichtlichen Abteilung entwickelte, welcher sich die historischen Ueberblicke der einzelnen Gruppen anzugliedern hätten. Die verschiedenen Vereine wurden ferner gebeten, geschlossene technisch-belehrende Abteilungen der Arbeitsweisen ihrer Zweige von sich aus zusammenzubringen und auszustellen. Für die graphische Kunst sagte der Direktor der Kgl. Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe, Prof. Seliger, eine solche instruktive Gruppe zu, während der Direktor der Leipziger Universitätsbibliothek, Geheimrat Prof. Dr. Wohfen, die Vorbereitung der Abteilung für Bibliothekswesen übernahm. Die Arbeiten an der Ausstellung sind damit in ein neues Stadium getreten und werden nun zunächst von den einzelnen Gewerbezweigen noch weiter beraten und gefördert werden.

Im Verein der Buchbindermeister des Wiener Genossenschaftsbezirks besteht die Absicht, sich durch eine Kollektivausstellung, die bei nicht nur die Kunstbuchbinderei, sondern die gesamte Buchindustrie betreffen soll, an dieser Leipziger Ausstellung zu beteiligen.

Der Ausstellung drohten bis vor kurzem noch erhebliche Schwierigkeiten, die vor allem darin bestand, daß eine derartige internationale Ausstellung auch von München geplant wurde. Jetzt ist der Streit durch beiderseitiges Uebereinkommen in der Weise beigelegt worden, daß der Münchener vorbereitende Ausschuss seinen Plan um einige Jahre verschoben hat. Der Deutsche Buchgewerbeverein hat sich für dieses Entgegenkommen bereit erklärt, bei einer späteren Münchener Ausstellung seine Mitwirkung in entsprechender Form zur Verfügung zu stellen. Die Münchener Kreise werden nun ihrerseits geschlossen für die Ausstellung in Leipzig im Jahre 1914 eintreten.

Zur Kartonnagerkonferenz.

Der Erfurter Verbandstag überwies dem Verbandsvorstand einen Antrag betreffend die Einberufung einer Konferenz der Kartonnagerarbeiter und -arbeiterinnen. Der Verbandsvorstand ist nunmehr dem berechtigten Wunsch nachgekommen, und in kurzer Zeit werden die Vertreter der Kartonnager Gelegenheit haben, über das zu beraten, was für die Branche getan werden muß. Es müssen Wege gesucht werden, auf denen die Kartonnagerbranche zu besseren Verhältnissen geführt werden soll. Es ist kein Zweifel, daß die Konferenz von großer Bedeutung für die Branche werden kann. Sie kann es werden, aber es ist jetzt noch ebenjoseph mäßig, daß sie ausläuft wie das Hornberger Schießen. Wenn die Vertreter der Kartonnager zu der Konferenz zusammenzutreten, ohne recht zu wissen, was sie wollen,

regungslos stehen. Ihr Auge war schwach geworden, aber erreichte ihn noch. Er sah sich nicht um. Alles ging von ihr, alles nahm die Warthe. Stumpf blickte sie den Fußweg hinunter, auch dann noch, als keine Spur von Bogdan mehr zu sehen war.

Die Leute im Dorf schüttelten den Kopf. Bassia Dvorak sah den ganzen Sommer tagen, tagaus auf der Wand und sah sich dumm und blind. Im Winter sah sie zum Fenster hinaus.

„O, Mutter, wie geht's?“ rief wohl eine Bauernfrau, die vom Markte kam.

„Danke der Nachfrage, ich wart' auf Bogdan. Der Liebling bleibt lange.“

Sie wartete noch mehrere Jahre. Als er im vierten Frühling auch nicht wiederkehrte, setzte es sich ihr im Kopfe fest, daß sie ihn suchen müsse. An der Warthe würde er schon irgendwo sein. Die Warthe ließ keiner. So verkaufte sie ihr Vieh und was sich sonst verkaufen ließ. Dann band sie ein Bündel, in dem die Kleider und wenig Andenken waren, steckte das Geld zu sich und ging durch die altersschwache Hütte. „Dich will auch keiner,“ sagte sie, „nicht einmal das Wasser, das drüben alles nimmt, was es kriegen kann. Du bist zu hoch dafür. Wollen sehen, ob Dich das Feuer will.“

Und das Feuer wollte die Hütte. Die Flammen erfahnten sie, und während sie prasselnd emporlehten und ihr knisterndes Triumphlied sangen, während die Spalten trachten und der Rauch blau darüber kreierte, bestieg Bassia Dvorak den alten Kahn und fuhr die Warthe hinab nach Osten. Vom Dorfe sah sie niemand wieder. Auch Bogdan Wyrimba blieb verschollen.

dann ist das Letztere sogar wahrscheinlich. Und hat es denn nicht den Anschein, als wüßten die Kartonnager nicht, zu welchen Zwecken die Konferenz stattfindet und was dort besprochen werden soll? Oder hat es einen anderen Grund, daß so wenig von der Konferenz und der Branche überhaupt zu hören ist? Man sollte meinen, die Kartonnager hätten alle Ursache, ihre Konferenz gut vorzubereiten. Dazu gehört meines Erachtens auch eine Debatte in der „Buchbinder-Zeitung“. Aber nichts rührt sich. Sollten die Kartonnager wirklich kein Bedürfnis haben, über die schlechten Organisationsverhältnisse, über die miserablen Lohn- und Arbeitsbedingungen ihre Meinung zu äußern? Findet kein Kartonnager den Mut, Vorschläge zu machen, auf welche Art die Verhältnisse in der Branche geändert werden könnten? Oder bereiten die Kartonnager ihre Konferenz so gut vor, daß sie alles durch Reserate vorbringen wollen? Dann sollen sie nur den Antrag stellen, daß der Verbandsvorstand die Konferenz auf sieben und nicht auf zwei Tage einberuft. Ich glaube, das Resultat würde auch dann sein — viel Meinungen und kein Wille. Oder fühlen sich die Kartonnager noch so sehr als „Nebenbranche“, daß sie sich nicht getrauen, die Spalten der Zeitung in Anspruch zu nehmen? Bei den Kartonnagern ist alles möglich, ihnen fehlt es eben am Willen, etwas zu tun, um die Verhältnisse in der Branche umzugestalten. Der „Zentralverband deutscher Kartonnagenfabrikanten“ hat einen Willen, nämlich den, die Lage der Kartonnager auf dem jetzigen Niveau niederzuhalten und wenn möglich noch darunter zu drücken. Ein Durchsetzen dieses ihres Willens können sie erhoffen, wenn nicht die große Masse der Kartonnager ihren Willen dem entgegensetzt. Den Beweis, daß sie einen Willen haben, den sollen sie auf der Konferenz erbringen.

Da es aber unmöglich ist, während der wenigen Beratungskunden alles zu besprechen, was besprochen werden muß, um zu zeigen, daß ein Wille da ist, ist es notwendig, daß die Konferenz gut vorbereitet wird. Dazu gehört, wie schon oben gesagt, daß die Vertreter der Kartonnagenbranche eine Debatte über die verschiedenen Fragen in unserem Organ entfallen. Dadurch wird nicht nur die große Masse mehr an der Konferenz interessiert, sondern auch die Vertreter der Branche beschäftigen sich näher mit den aufgeworfenen Fragen. Es wird sich dann manches auf der Konferenz leichter erledigen lassen, als wenn die Debatte in der Zeitung nicht war.

Nachdem ich hier die Anregung zu einer Debatte gegeben habe, will ich auch noch einige Punkte ansprechen, die einer Berücksichtigung wert sind. Einer der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung der Konferenz wird die Tariffrage sein. Ich habe bereits früher meine Meinung zu dieser Frage geäußert und will es jetzt anderen überlassen, ebenfalls dazu das Wort zu nehmen. Die Tariffrage ist für die Branche überaus wichtig, dabei aber auch so umfangreich, daß es unmöglich sein dürfte, auf der Konferenz allein eine endgültige Lösung zu finden. Insbesondere ist es die Frage: *Afford- oder Lohn-Tarif?*, welche einer eingehenden Aussprache bedarf. Das ist ein Punkt, über den sich die Kartonnager schon jetzt äußern sollten. Da aber auch nach einer noch so regen Aussprache eine endgültige Regelung der Tariffrage nicht möglich sein wird, dürfte es angebracht sein, einen Weg zu suchen, auf welchem diese Angelegenheit weiter verfolgt werden kann. Ein solcher Weg ist die Bildung einer *Zentral-Kommission*. Klappenbach-Berlin hat schon in Erfurt einen solchen Vorschlag gemacht. Wenn nicht Kloth, der damals einen besonderen Nutzen der Zentral-Kommission nicht sehen konnte, recht haben soll, dann muß eine Zentral-Kommission der Kartonnagenbranche auf einer anderen Grundlage aufgebaut werden, als die jetzt bestehenden Zentral-Kommissionen. Es müßte aus allen in Frage kommenden Orten ein Vertreter bestimmt werden, welcher der Zentral-Kommission angehört. Durch den Austausch von Zirkularen, welche von jedem einzelnen Vertreter weiter zu bearbeiten sind, können diese in ständiger Verbindung bleiben. In einem größeren Orte, wo es möglich ist, mehrere Vertreter der Zentral-Kommission zu ernennen, könnte das Material bearbeitet werden und durch Verbindung mit dem *W. B.* können von da aus auch weitere Anregungen gegeben werden. Nach einem längeren Zeitabschnitt müßten diese Vertreter allerdings auch wieder zusammenkommen und die Zentral-Kommission würde somit selbst eine weitere Kartonnagerkonferenz nötig machen. Ich bin mir bewußt, daß dieser Vorschlag seine Mängel hat. Insbesondere ist es der große Apparat, der solche zeitig. Ebenso sehr bewußt bin ich mir aber, daß eine Zentral-Kommission, die ihre Vertreter nur an einem Orte hat, nicht das erreichen könnte, wenn sie an einer größeren Zahl Orte ihre Vertreter hat. Dieser Vorschlag ist noch kein Antrag, sondern ich gebe diese Anregung so wenig präzipiert, um auch andere Kollegen und

Kolleginnen zu veranlassen, ihre Meinung zu äußern und Vorschläge zu machen. Wenn sie das tun, dann können sie sagen, daß sie das Zehnjährige beigetragen haben, die Konferenz der Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen gut vorzubereiten. *W. G. D.*

Korrespondenzen.

Gesperrt sind:

Deutschland:
Heilbronn (Metzel-Kamera-Werke in Sonthem).

Posen:
Sarajewo (die Firmen Karl Tomja, Stefan Tolpa und Joseph Hbovicic).

Schweiz:
Neuenburg (Firma Delachaux u. Niestle).
Grenchen (Firma Niederhäuser).

Vor Arbeitsannahme erkundigen:

- Deutschland:**
Halle (Buchbinder, Kontobuch- und Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen).
Gau VI/VII (für den ganzen Gaubezirk, vor allem nach Stade, Schönbürg i. M. und Oldenburg, beim Gauvorstand in Hamburg).
- Gau IX (Buchbinder, Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen beim Gauvorstand in Erfurt).**

Berlin. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Kartonnagenindustrie hatten sich am Freitag, den 9. Februar, im Gewerkschaftshaus versammelt, um Stellung zu nehmen zu den Antworten der Unternehmer auf unsere Forderungen. Der Bevollmächtigte, Kollege Würzberger, referierte. Die Einreichung der Tarifvorlage hat anscheinend den von der Tarifkommission erwarteten — neuerlichen Zusammenstoß der Unternehmer bewirkt, der schon halb totgesagte Schußverband der Berliner Kartonnagenfabrikanten ist plötzlich wieder zu neuem Leben erwacht. Das geht aus den fast übereinstimmenden Antwortschreiben der Fabrikanten hervor, wie auch aus Mitteilungen des Schußverbandes selbst. Nachdem die Versammlung vom 18. Januar dem von der Tarifkommission vorgelegten Tarifentwurf ihre Zustimmung gegeben und die Tarifkommission beauftragt hat, die Vorlage unverzüglich den Fabrikanten zu überreichen, ist dieselbe in Druck gegeben und am 23. Januar einhundertzwölf Firmen übersandt worden mit dem Ersuchen, uns bis zum 5. Februar die Antworten zu senden. Wie sind nun diese Antworten ausgefallen? Vor den 112 Firmen haben es ganze 15 für nötig befunden, der Arbeiterenschaft eine Antwort zu erteilen. Dreizehn davon teilen mit, daß sie die Angelegenheit ihrer Organisation übergeben haben, ein Arbeitgeber hat in seinem Werke bereits Verbesserungen eingeführt und einer will den eventuell zustandekommenden Tarifvertrag anerkennen. Bereits am 27. Januar ging ein Schreiben des Schußverbandes ein, in welchem dieser mitteilte, daß ihm von seinen Mitgliedern die Angelegenheit übertragen worden ist. In den nächsten Tagen werde eine Vollversammlung zusammenberufen werden, über deren Beschlüsse uns alsbald Näheres gegeben werde. Am 3. Februar wurde dann mitgeteilt, daß eine neungliedrige Verhandlungskommission gewählt worden sei, der die Herren Guttmann, Bluhme, Hermann, Jacobsohn, Otto, Steinberg, Ticken (in Firma Wunderlich), Böls (in Firma Felke) und Wolf angehören. Gleichzeitig wurde um Benennung der beauftragten Arbeitnehmervertreter, die an den Verhandlungen teilnehmen, ersucht. Es sind das die Kollegen Würzberger, Klappenbach, Krüger, Lohr, Burckhardt und Bartsch und die Kolleginnen Grund, Niek und Strauß. Dem Ersuchen der Arbeitgeber ist entsprochen worden. Um aber auch in der Lage zu sein, eventuell gegen außerhalb des Schußverbandes stehende Fabrikanten vorgehen zu können, ist um ein Verzeichnis der dem Schußverband angehörenden Arbeitgeber ersucht worden. Würzberger ersucht noch jetzt während der nun bald beginnenden Verhandlungen keine Unbesonnenheiten zu begehen, nicht vorzeitig die Arbeit einzustellen, wenn hier oder da unsere Mitglieder probiziert werden sollten. In allen Fällen müsse von etwa ausbrechenden Differenzen die Branchenleitung ungestört Nachricht erhalten, die die nötigen Maßnahmen dann schon treffen werde. Es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß jetzt auch die letzten dem Verband noch fernstehenden Arbeiter

und Arbeiterinnen gewonnen werden. Die Arbeiterschaft der Berliner Kartonnagenindustrie muß gegebenenfalls in voller Bereitschaft stehen, wenn den erhobenen Forderungen der gehörige Nachdruck gegeben werden soll.

In der Diskussion wurde ausgeführt, daß das Resultat eigentlich als ein sehr mageres bezeichnet werden müsse. Die Annäherung des Schußverbandes hätte unzweideutig seine Stellung zu unseren Forderungen erkennen lassen müssen. Das ist nicht der Fall, und in Verbindung mit der Tatsache, daß die Annoncenplantagen voll von Stellenangeboten sind, könne wohl der Glaube erweckt werden, daß es dem Schußverband auf Verschleppung der Bewegung ankomme. Die Lohnkommission müsse unter allen Umständen eine schnelle Erledigung herbeizuführen versuchen. Die nachstehende Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen:

„Die am 9. Februar im großen Saal des Gewerkschaftshauses versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Kartonnagenindustrie erkennen die Bereitwilligkeit des Unternehmerverbandes zu Verhandlungen an und beauftragen die Tarifkommission, unverzüglich mit der Kommission der Arbeitgeber in Verhandlungen zu treten.“

Mit einem brausenden Hoch auf die Tarifbewegung und den Deutschen Buchbinderverband wurde die überfüllt gewesene Versammlung geschlossen.

Posen. Infolge der allgemeinen Teuerung sahen sich auch die Mitglieder der hiesigen Zahlstelle gezwungen, ernstlich an eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu denken. Untern 9. November vorigen Jahres wurde an sämtliche hiesigen Buchdruckereien eine Tarifvorlage versandt, die einen Minimallohn von 26 Mk. für Gehilfen nach dem sechsten Berufsjahre und 9 Mk. für Arbeiterinnen im zweiten Jahre der Berufstätigkeit enthielt. Außerdem sollten alle über Minimum Entlohnerten eine Zulage von 10 Proz. erhalten und die Affordpreise um ebensoviele erhöht werden. Eine gemeinsame Verhandlung wurde von den Buchdruckereibesitzern abgelehnt; aus diesem Grunde sahen sich die Mitglieder gezwungen, in den einzelnen Betrieben vorzugehen. Es gelang auch, in den zwei größten Betrieben am Ort annehmbare Zugeständnisse zu erreichen. Die Verhandlungen wurden vom Arbeiterssekretär Srenstki und unserem Bezirksleiter Würzberger geführt. In beiden Betrieben wurde ein Tarifvertrag auf die Dauer von drei Jahren abgeschlossen. In der Papierwarenfabrik von Cohn u. Lieburth wurden den speziellen Verhältnissen des Betriebes entsprechend die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt. Es gelang hier, für die Gehilfen Lohnzulagen von 1 bis 2 Mk. und für Arbeiterinnen solche bis 4,80 Mk. herauszuholen, während die Affordpreise um 10 Proz. erhöht wurden. Leider war es nicht möglich, eine Arbeitszeitverkürzung zu erreichen, weil auch die Maschinenmeister in Posen noch 57 Stunden arbeiten, allerdings die überschüssigen Stunden über die tarifliche Arbeitszeit als Ueberstunden mit Zuschlag bezahlt erhalten. — Im zweiten Betriebe, der Oideutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, G. m. b. H., gelang es, einen Tarif zum Abschluß zu bringen, der nunmehr in allen anderen Betrieben zur Einführung gebracht werden muß. Die Arbeitszeit beträgt 57 Stunden die Woche. Minimallohn für Gehilfen im sechsten Berufsjahre 25 Mk., für Arbeiterinnen nach dem ersten Jahre 8 Mk., nach dem zweiten Jahre 9 Mk. und nach dem dritten Jahre 10 Mk. Außerdem erhielten die Gehilfen Lohnzulagen von 2, 3 und 3,50 Mk., die Kolleginnen solche von 1, 1,50 und 2 Mk. pro Woche. Für die ersten beiden Ueberstunden werden 25 Proz., für die weiteren sowie für Ueberstunden an Sonntagen 33 1/2 Proz. Zuschlag bezahlt. Für die 20 dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen wurde eine wöchentliche Zulage von 33 Mk. erzielt.

Hieraus ist zu ersehen, daß es auch im äußersten Osten gelingt, annehmbare Löhne zu erreichen, wenn die Kollegen und Kolleginnen sich der Organisation anschließen. Allerdings ist in Posen ein schwer zu bearbeitendes Feld für den Verband, da der polnische Gewerksverband der Ausbreitung der modernen gewerkschaftlichen Organisation hindernd in den Weg tritt. Doch die erzielten Erfolge in den beiden größten Betrieben werden auch den übrigen Kollegen und Kolleginnen die Augen öffnen und sie zu der Ueberzeugung bringen, daß nur durch gemeinsamen Zusammenschluß im Buchbinderverband auch für die übrigen Betriebe der abgeschlossene Tarifvertrag zur Einführung gelangen kann.

Darum, Kollegen und Kolleginnen, tue jeder seine Pflicht, suche ein jeder die indifferenten aufzuheben, damit auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Restbezirk des Ostens menschenwürdiger werden. Also hinein in den Buchbinderverband, und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Zeit. Am 20. Januar hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Der Besuch derselben war ein guter. Zunächst erstattete der Vorsitzende Bericht vom verflossenen Geschäftsjahre. Die Geschäfte der Zahlstelle wurden in sechs Vorstandssitzungen, einer Werkstättenversammlung und 16 Mitgliederversammlungen erledigt, in denen auch einige Vorträge gehalten wurden. Der durchschnittliche Besuch betrug 23 Mitglieder. Nachdem der Kassenbericht erstattet war, kam es zu einer kurzen Debatte betreffs der Erhöhung der Lokalbeiträge. Beschlossen wurde, für die Mitglieder der 3. und 4. Klasse den Lokalbeitrag auf 5 Pf. pro Woche festzusetzen. Die Neuwahlen der Ortsverwaltung zeitigten folgendes Resultat: Modtrotz, 1. Vorsitzender; Seyl, 2. Vorsitzender; Kleber, Kassierer; Meyer, Schriftführer; Secht und Stopp, Kartelldelegierte; Frau Meyer, Weisigerin; Weder und Fuchs, Revisoren. Nach einigen internen Angelegenheiten trat der Vorsitzende noch mit dem Ersuchen an die Mitglieder heran, auch im kommenden Geschäftsjahre die Verwaltung durch guten Besuch der Versammlungen zu erfreuen.

Düsseldorf. Am 20. Januar hielt unsere Zahlstelle ihre gutbesuchte Generalversammlung ab. Nach dem Geschäftsbericht des Koll. Ernst herrschte auch im verflossenen Jahre recht reges Leben und sind wir auch wieder ein gutes Stück vorangekommen. Es fanden statt: 4 General- und 8 Mitgliederversammlungen, desgleichen 14 Vorstandssitzungen, 3 Delegierten- und 8 Werkstättenversammlungen. Eine der Versammlungen trug den Charakter einer Frauenversammlung, wozu die Frauen unserer Kollegen und unsere Mitarbeiterinnen eingeladen waren. In Vorträgen fanden im Laufe des Jahres noch 3 statt. Die Geselligkeit wurde in 4 Veranstaltungen gepflegt. Größere Mühe und Arbeit verursachte unser 25jähriges Stiftungsfest, bei welchem wir auch eine große Anzahl Kollegen und Kolleginnen unserer Nachbarzahlstellen begrüßen konnten. Unsere Forderung nach Feuerungszulage nahm viel Zeit in Anspruch, sie brachte jedoch einen direkten Erfolg nicht. Die Unternehmer geben eben freiwillig selten Zulagen, es sei denn, der Druck der geschlossenen Arbeitererschaft käme in Frage, was aber bei dem Tarifverhältnis nicht der Fall sein konnte. Weitere Erwähnung verdient auch die Mädchenagitation. Gelang es uns doch dank der Mithilfe vieler Kollegen, bei unseren Kolleginnen festen Fuß zu fassen und das Interesse für den Verband zu wecken. Erfreulicherweise waren in den letzten Versammlungen immer eine Anzahl Kolleginnen anwesend. Der Versammlungsbesuch war sonst befriedigend. Leider haben sich eine Anzahl Kollegen in die Klasse der Ehrenmitglieder begeben, man sieht sie nämlich das ganze Jahr nicht. Wann werden die einsehen, daß zur Gebung unserer wenig beneidenswerten Lage die Mithilfe eines jeden erforderlich ist?

Front zu machen hatten wir im Berichtsjahre gegen die Konkurrenz der Mädchenarbeit und die Zersplitterungsversuche der Christlichen. In beiden Fällen gelang eine befriedigende Lösung. Der Mitgliederbestand am Jahreschlusse war 155, davon 34 weibliche, eine Zahl, die Düsseldorf bisher noch nicht aufweisen konnte. Nach dem Kassenbericht des Koll. Wehrtter hatte die Verbandskasse im 4. Quartal eine Einnahme von 1176,00 Mk. und eine Ausgabe von 891,84 Mk., die Lokalkasse eine Einnahme von 354,81 Mk., eine Ausgabe von 371,90 Mk. und einen Bestand von 935,25 Mk. An Krankenunterstützung wurden von der Verbandskasse 187,50 Mk., von der Lokalkasse 128,75 Mk. ausbezahlt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: A. Ernst, 1. Vor.; O. Matritz, 2. Vor.; W. Wehrtter, Kassierer; J. Gohmann, Schriftführer und P. Wink als Revisor. Ferner wurde einstimmig beschlossen, die Entschädigung des Kassierers von 20 auf 40 Mk. pro Jahr zu erhöhen.

Weiter wurde in der Versammlung die Vertragsstreue der Meister gefestigt. Beim Buchbindermeister Dreimer drang ein Kollege auf Feiertagsbezahlung laut Tarif. Darauf bekam er das Geld für den Tag bezahlt, sollte aber in Zukunft auf Stundenlohn arbeiten. Natürlich wurde daraufhin das Verhältnis gelöst. Bei der Firma L. Schwann, die den Tarif nicht anerkannt hat, wird die Ausnützung der weiblichen Arbeitskräfte in letzter Zeit besonders intensiv betrieben. Mindestjährige läßt man feste überarbeiten, Samstags müssen die Mädchen oft Überstunden machen und allein an 18 bis 20 Sonntagen haben im verflossenen Jahr die Mädchen gearbeitet, oft bis 20 an der Zahl. Ob die Gewerbeinspektion dieser frommen Firma so oft Erlaubnis erteilt? Wir zweifeln stark daran; hier wäre eine öftere Kontrolle Samstags und Sonntags angebracht. Das Gesetz betreffend Arbeiterinnenchutz ist doch schließlich auch für die großen Geschäfte maßgebend, nicht nur für die kleinen.

In Bezug auf die Angelegenheit mit den Christlichen ist zu sagen, daß diese in Nr. 26 der Christ-

lichen Lügenstimmen versuchten, sich reinzuwaschen. Wir werden da gewahr, daß es eine schwache Stunde des betreffenden Christen war, also keine Denunziation. In der Zwischenzeit hat sich das Schauspiel wiederholt. Ein jetzt wohlbestalltes Vorstandsmittglied hat dieselbe Lumperei wiederholt, als es bei Tönnes zu Ende ging. War es kürzlich kein pervertierter Kollege, den die Sache betraf, so war es diesmal einer. Geheht man vielleicht jetzt ein, daß solche Handlungen nicht schwachen Stunden, sondern bewußter Schleichheit entspringen? Das sind Vorstandsmitglieder der nationalen Arbeiterbewegung, sind die Mitglieder etwa von noch schwächeren Stunden befallen? Im Laufe der Zeit sind wiederholt Vorsitzende, Kassierer, Schriftführer und Mitglieder zu uns übergetreten; die mußten wohl, warum sie das taten.

Bremen. Am 23. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die gut besucht war. Zu Beginn derselben wurde der im vorigen Jahr verstorbene Kollege und Gründer unserer Zahlstelle, Paul Göbde, in üblicher Weise geehrt. Der Vorsitzende berichtete, daß Ostern eine Konferenz der Etuis- und Karonnagenarbeiter stattfinden wird. Die Abrechnung vom 4. Quartal liegt gedruckt vor. Hiernach bilanziert die Verbandskasse mit 1218,13 Mk. Die Lokalkasse weist einen Bestand von 605,45 Mk. auf. Die Mitgliederzahl erhöhte sich um 6 männliche und 14 weibliche. Den Jahresbericht von 1911 gab der Vorsitzende in anschaulicher Weise. Demnach fanden statt: eine ordentliche und eine außerordentliche Generalversammlung, 17 Mitglieder-, zwei Branchenversammlungen der Etuisarbeiter, sechs Betriebsversammlungen, 21 Vorstandssitzungen, eine Vertrauensmänner-Sitzung. In einer Versammlung, verbunden mit Vortrag, wurde eine Resolution gefaßt, betreffend Forderung einer Feuerungszulage. In einigen Betrieben wurden solche Zulagen gewährt. Ferner fanden noch sechs Vorträge statt, die sehr gut besucht waren. Ferien wurden an 52 Personen (262 Tage) bewilligt. Durch die Betriebsstatistik ließen sich folgende Löhne ermitteln: Für männliche 18-40 Mk., vorwiegend 27-28 Mk.; für Arbeiterinnen 7-18 Mk., vorwiegend 11-13 Mk. Die Lohnbewegung der Etuisarbeiter wurde berlagt, da die Unternehmer davon erfahren und ihren Arbeitern pro Stunde 3 Pf. freiwillig zugelegt hatten. An den Pfingsttagen fand hier der Gaugang des Ganes 6/7 statt, welcher lebend auf den Gau gewirkt hat. Nicht befriedigen kann der Mitgliederzuwachs. Der Mitgliederbestand beträgt 87 männliche, 41 weibliche, das ist ein Mehr gegen das Vorjahr von 3 männlichen und 8 weiblichen Mitgliedern. Die Gesamtannahme der Lokalkasse betrug im Jahr 1911 914,33 Mk. und die Ausgabe 308,88 Mk. In die Verwaltung wurde der Vorsitzende Koberg, Kassierer Hartmann, Schriftführer Weißhaupt und der Leiter des Arbeitsnachweises und Unterhaltungsaußsahler Laßmann wiedergewählt, zum 2. Vorsitzenden neu gewählt Bahmann und zum 2. Schriftführer Voit. Außerdem wurde noch eine Agitationskommission, bestehend aus 10 Kollegen und zwei Kolleginnen, gewählt, welche nun mit dem stolzen Vorhaben, unsere Mitgliederzahl in diesem Jahre zu verdoppeln, hinausgehoben ist. Am Orte sind ungefähr 400 Berufsangehörige, wovon nur der dritte Teil organisiert ist. Bei dieser Gelegenheit wurde allgemein bewahrt, daß die letzte Agitationsleitung so verfaßt. Öffentlich wird die Kommission nun von allen Mitgliedern kräftig unterstützt durch Uebermittlung von Adressen Unorganisierter und durch Agitation. Unter „Verschiedenes“ wurde das Verhalten der Firma Lehmann gerügt. Diese Firma besteht es durch allehand Tricks, die Leute heranzufolen. Es wird denselben dauernde Stellung zugesichert, obwohl es nur Ausfühlsarbeit ist. Der Vorsitzende ermahnt die Kollegen zur Vorsicht und erklärt, daß es jedes Kollegen Pflicht ist, bei Arbeitsangeboten nach auswärts sich stets beim Bevollmächtigten zu erkundigen. Der Arbeitsnachweis am Orte wird von den Unternehmern sowie von den Kollegen wenig benutzt. Der Vorsitzende gab nachdem den Mitgliedern, insbesondere der Agitationskommission, Anregung zu fleißiger Agitation, damit wir bei der bevorstehenden Tarifrenewierung gerüstet dastehen.

Stuttgart. Die am 20. Januar stattgefunden Hauptversammlung hatte sich mit dem Jahresbericht und der Neuwahl des Vorstandes zu befassen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben der Koll. A. Schlegel und G. Verroth in üblicher Weise geehrt, worauf Dürr zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht kurze Erläuterungen gab. Der Kassenbericht der Lokalkasse vom 4. Quartal schließt bei einer Einnahme von 2760,68 Mk. und 1980,05 Mk. Ausgaben mit einem Ueberschuß von 780,63 Mk. ab. Die Hauptkasse bilanziert mit 14 009,50 Mk., 11 000 Mk. wurden an die Verbandskasse eingesandt. Der Mitgliederbestand betrug am 31. Dezember 1911 755 männliche und 601 weibliche, zusammen 1356, gegen-

über dem Vorjahre eine Zunahme von 68 Mitgliedern. Ueber die Berichte der Spezialbranchen referierten die einzelnen Vertreter derselben, auf ihre gedruckten Berichte hinweisend. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiedernwahl des bisher amtierenden, ebenso wurden die seitherigen Vertreter der Spezialbranchen aufs neue für ein Jahr bestätigt.

Karlsruhe. Am 3. Februar hielt unsere Zahlstelle die jährliche Generalversammlung ab. Der Besuch ließ in Anbetracht unserer Mitgliederzahl sehr zu wünschen übrig. Nach dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Kaitner betrug die Mitgliederzahl 89, was einer Zunahme von 11 Mitgliedern entspricht. Unsere im Herbst stattgegebene Lohnbewegung, die sich bis in den Januar hineinzog, brachte für alle organisierten Kollegen eine 10prozentige Lohnaufbesserung, wovon 5 Proz. sofort und 5 Proz. am 1. Januar 1914 bezahlt werden. Der Minimallohn wurde von 23 Mk. auf 25 Mk. erhöht. Auch eine Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich eine Stunde (auf 53 Stunden) brachte uns die Bewegung. Die Vereinbarungen gelten bis Januar 1917.

Nach dem Kassenbericht des Kassierers wies die Verbandskasse eine Bilanz von 610,07 Mk. auf und die Lokalkasse einen Bestand von 520,80 Mk. Wenn die Kollegenschaft auch im neuen Jahre ihre Pflicht dem Verband gegenüber erfüllt, so ist zu hoffen, daß wir am Jahreschlusse sämtliche hiesige Kollegen für den Verband gewonnen haben. In die Zahlstellenverwaltung wurden gewählt: Kaitner als Vorsitzender, Haase als Kassierer, Stabler als Schriftführer, Müller und Kofler als Revisoren. Die Wahl des 2. Vorsitzenden mußte wegen des nicht guten Versammlungsbesuches verschoben werden.

Breslau. Am 3. Februar fand unsere Generalversammlung statt, welche sich eines verhältnismäßig guten Besuch zu erfreuen hatte. Den Geschäftsbericht gab Volkmann. Nach diesem fanden im vergangenen Jahre 4 General-, 15 Mitglieder- und eine öffentliche Versammlung statt. Der Besuch der Versammlungen ließ leider viel zu wünschen übrig. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des Jahres 1911 279 Mitglieder. Das ist gegen den Schluß des Vorjahres ein kleiner Rückgang, verursacht durch säumige Beitragszahlung. Eine größere Zahl mußte getrichen werden. Aufgabe der Mitglieder ist es, dafür zu sorgen, möglichst alle inaktiven Kolleginnen und Kollegen für den Verband zu gewinnen, damit wir den kommenden Kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen am Ende dieses Jahres getrotzt entgegengehen können. Dem Kassenbericht gab Voßhuth. Die Verbandskasse hatte im 4. Quartal eine Einnahme von 1609,03 Mk. und eine Ausgabe von 1497,76 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 637,43 Mk., die Ausgabe 285,00 Mk. Nach dem Bericht des Koll. Thomas konnten durch den Arbeitsnachweis von 10 arbeitslos gemeldeten Mitgliedern 7 wieder untergebracht werden. Dem Gaubericht des Koll. Volkmann ist zu entnehmen, daß die Verbandskasse im Gau eine Einnahme von 241,00 Mk. und eine Ausgabe von 132,16 Mk. hatte. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 39,27 Mk. und die Ausgabe 25,17 Mk. An Einzelmitgliedern waren im Gau 21 männliche und ein weibliches vorhanden. Hierzu wurde über einen Antrag des Vorstandes, die Lokalbeiträge für männliche Mitglieder auf 10 Pf. und für weibliche auf 5 Pf. pro Woche zu erhöhen, verhandelt. Volkmann begründet in längerer Ausführungen die Notwendigkeit der Beitragssteigerung. Es müsse dafür Sorge getragen werden, die Lokalkasse nach Möglichkeit zu stärken, damit wir in den kommenden Tarifkämpfen einigen Rückhalt haben. Auch werde sie durch die Anstellung eines Beamten mehr wie bisher in Anspruch genommen, da wir für den Unterhalt des Bureaus zu sorgen hätten. Als zu hoch könnten die beantragten Beiträge nicht gelten, da schon eine größere Anzahl kleinerer Zahlstellen dieselben Beiträge erheben. Mehrere Redner wendeten sich gegen diese Erhöhung, da bei den hiesigen niedrigen Löhnen die Beiträge eine beinahe unerträglich hohe Höhe erreicht hätten und wir eine größere Einbuße an Mitgliedern erleiden würden. Kleiner und Volkmann wendeten sich gegen diese Sühingründe. Noch niemals sei durch eine Beitragssteigerung ein nennenswerter Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen gewesen, auch müsse der Nutzen beachtet werden, der den Mitgliedern erwächst durch Anstellung eines unabhängigen Beamten, der die Agitation weit durchgreifender leiten könne und unsere Tarifforderungen energischer vertrete. Eine Kollegin erklärte sich schließlich im Namen vieler weiblicher Mitglieder mit dem Vorstandsantrage einverstanden, worauf dessen Annahme mit übergroßer Majorität erfolgte. In Kraft tritt der erhöhte Beitrag am 1. April 1912.

Des weiteren macht Koll. Volkmann auf die demnächst stattfindenden Konferenzen der Kartou-

nagen- und der Gluissarbeiter aufmerksam, zu denen auch Breslau je einen Delegierten entsenden soll. Mit der Aufforderung an die Kollegen, den Umbau unseres Gewerkschaftshauses durch Spareinlagen, welche mit 4 Proz. verzinst werden, nach Kräften zu fördern, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Saarbrücken. Unsere Generalversammlung beschäftigte sich in erster Linie mit dem Geschäftsbericht. Nach diesem war die Mitgliederzahl im Laufe des Jahres von 18 auf 25 Mitglieder gestiegen. Versammlungen fanden 12 statt; die Verbandskasse hatte 680,90 M. Einnahme und 79,99 M. Ausgabe. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 134,54 M., die Ausgabe 76,25 M. und der Bestand am 1. Januar 1913 131,58 M. In die Zahlstellenverwaltung wurden gewählt: 1. Vorsitzender: Wiedmaier, 2. Vorsitzender: Stob, Kassierer: Schuchhardt, Schriftführer: Dahl, Revisoren: Dusbach und Lautenschläger.

Berlin. Am Mittwoch, den 7. Februar, hielt die Album-, Mappen- und Galanteriewarenbranche ihre Branchenversammlung ab, die sich mit dem Bericht der Branchenleitung, sowie mit den Neuwahlen der Agitationskommission und der Weisiger zur Ortsverwaltung befaßte. Brudersberichte eingehend über die Tätigkeit der Branchenleitung in dem verfloßenen Jahre, das mit Differenzen bei der Firma Majdzig begann, deren Inhaber zuerst wenig geneigt waren, ein tarifliches Abkommen zu treffen und wo es uns erst durch das vereinte Vorgehen mit den in denselben Betrieben tätigen Angehörigen anderer Verufe gelang, für unsere Kollegenschaft nennenswerte Zugeständnisse zu erringen. Redner erwähnt dann die in einem früheren Bericht anlässlich des Abschlusses unserer Lohnbewegung schon geschiederten Vorarbeiten zu dieser, sowie die während der Bewegung erfolgten Arbeitsniederlegungen bei den Firmen G. Weigert, Geinr. Lochbaum, Wolf u. Co., E. Lochbaum und Voepert u. Kuhnke. Längere Ausführungen machte der Referent über die Verhandlungen, die sich vor der Schlichtungskommission notwendig machten und die Firmen Brühl, Jaedel u. Fuchs und P. Schumann betrafen, sowie über die eingetretene Lohn-erhöhungen, die bereits in Nr. 2 der „Buchbinder-Zeitung“ eingehend geschildert worden sind. Besondere Erwähnung verdient noch die Lohnbewegung der in den Papier-Architektur-Mobellfabriken beschäftigten Kollegen, in deren Verfolg es zur Ausprägung bei der Firma Stegemann kam, weil unsere Kollegen, da der Firmeninhaber keinerlei Entgegenkommen zeigte, die von ihnen geforderte Heberzeitarbeit verteidigten. Die Bewegung bei dieser Firma ist mittlerweile durch Vermittlung des Gewerbegerichts zum Abschluss gekommen und hat mit einem teilweisen sekundären Erfolg und mit der vollzähligen Wiedereinstellung unserer Kollegen ihr Ende gefunden. Mit einem warmen Appell an alle Erschienenen, in der Tätigkeit für den Verband und an der Mitarbeit für die Gewinnung der uns noch Fernstehenden nicht zu erlahmen, da dieses die Voraussetzung für unsere Erfolge und für ein ferneres Gelingen unserer Bestrebungen sei, schloß Redner seine Ausführungen.

Die im Anschluß hieran vorgenommene Wahl der Agitationskommission bestimmte für diese Arbeiten die Kollegen Bruders, Freudenreich, Hoffmann, Müll und Sauer, von denen der letztere noch als Mitglied zur Ortsverwaltung delegiert wurde. Vor einer Wahl der Weisiger zur Schlichtungskommission nahm die Versammlung Abstand und überließ diese Besetzung der amtierenden Agitationskommission.

Berlin. Eine am 7. Februar stattgefundene Branchenversammlung der Kontobucharbeiter und -arbeiterinnen nahm den Bericht des vergangenen Jahres entgegen und vollzog dann die Neuwahl der Branchenleitung. Kollege Klar berichtete, daß das vergangene Jahr ein Jahr des Kampfes für die Kollegenschaft gewesen und erfreulich ist es, daß die Arbeiterschaft gezeigt hat, daß sie einmütig zusammenstehe, wenn es notwendig ist und ihr Interesse es erfordert. Redner streift noch kurz die Erfolge, welche die Lohnbewegung für uns gezeitigt hat. Während bei allen Firmen die Regelung und Erhöhung der Akkordpreise ein zufriedenstellendes Ergebnis gezeitigt hat, ist es jedoch die Firma Aschelm, welche die schon jahrelang bestehenden Akkordpreise bis zu 33 Proz. kürzen will. Dieser Lohnreduzierung stehen nur ganz minimale Erhöhungen einzelner Akkordpositionen gegenüber. Aber wegen der angeleglichen Erhöhung der Arbeiterlöhne hat sich auch diese Firma genötigt gesehen, ihre Warenpreise um 10 Proz. zu erhöhen. Einem Kollegen, welcher jahrelang Vertrauensmann und Obmann vom Arbeiterausschuß war, ist es wegen — Arbeitsmangel anheimgestellt worden, auszuscheiden oder aufzuhören. Die Kollegenschaft der Firma sowie alle Branchenangehörigen sind der Ansicht, daß hier eine Maßregelung vorliegt. Sollte doch der Kollege so lange aussetzen, bis er von allein geht. Das Versprechen, das die

Firma dem Verbandsvertreter gegenüber gegeben hat, den Kollegen bei Gebrauch von Arbeitskräften wieder einzustellen, hat sie ebenfalls nicht gehalten, sondern sie hat andere Arbeitskräfte vom Nachweis verlangt. Wie weit es mit dem Massenbewußtsein zweier neugeborener Werksführer bestellt ist, welche selbst jahrelang Verbandsmitglieder gewesen, resp. noch sind, zeigen uns folgende Beispiele: Anlässlich des Streiks hat der Werksführer Brinkmann die Arbeitskräfte seiner Frau sowie seiner Schwägerin als Hausreißer zur Verfügung gestellt; der Werksführer Kroiter hat sich ebenfalls so unkollegial benommen, daß ein Ausbilsuchantrag gegen ihn beim Verbandsvorstand eingereicht werden mußte. Daß der Verbandsvorstand diesem Antrage nicht stattgegeben, sondern nur eine scharfe Rüge beschlossen hat, fand nicht die Billigung der Versammlung. Verschiedene Kollegen bemängelten die kurzen inhaltlosen Berichte in der „Buchbinderzeitung“ anlässlich unserer Bewegung. Der Schriftführer teilt mit, daß die Berichte gekürzt worden sind. Kollege Kemser als Obmann der Liniierer berichtet, daß auch unter den Liniierern jetzt ein besserer Geist vorhanden ist. Nur die beiden Firmen Knörz und Zörgens sind in den Sitzungen stets untertreten gewesen. In dem abgeschlossenen Tarif werden die Liniierer ebenfalls als Spezialarbeiter aufgeführt, ein von den Liniierern schon längst gehegter Wunsch. Der Arbeitsnachweis der Liniierer funktioniert ebenfalls gut und was es fast stets möglich, die Stellen zu besetzen. Nur ist es zu bedauern, daß die meisten Liniierer nicht berichten, ob sie die zugewiesene Stellung angetreten haben. Als Obmann der Branche wurde Klar und als Vertreter zur Ortsverwaltung Czerni gewählt. Als Kommissionsmitglieder wurden ferner gewählt die Kollegen Schwalle, Sauerzeitig, Wilhelm, Goldappel und Stobel (Liniierer). In der Generalversammlung soll als Vertreterin zur Ortsverwaltung die Kollegin Lange in Vorschlag gebracht werden. Obmann der Liniierer ist Kollege Kemser. Folgende aus der Versammlung eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Branchenversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem bisherigen Verhalten der Firma Ferd. Aschelm gegenüber den Vertrauenspersonen der Arbeiterschaft im Betriebe. Sie erstet in dem Verhalten der Firma einen Vorstoß gegen den Sinn der Tarifgemeinschaft und gegen jedes soziale Empfinden, den sich eine Beistirma, von dem Aulse der Firma Ferd. Aschelm, nicht leisten sollte.“

(Anmerkung der Redaktion). Es ist sonderbar, was doch alles behauptet wird. Die „Buchbinder-Zeitung“ berichtete in den Nr. 37, 39, 41, 42, 43, 45 und 46 über die Bewegung der Berliner Kontobuchbranche. An diesen eingesandten Berichten ist in keinem Falle etwas geändert oder gestrichen worden, sie kamen vielmehr so zum Abdruck, wie sie hier eingingen. Wo da die Kürzung der Berichte herkommen soll, muß jedem rätselhaft sein, der Gelegenheit hat, die fraglichen Manuskripte einzusehen. Wie der Schriftführer weiter dazu kommt, von einer Mehrheit von Berichten zu reden, die gekürzt sein sollen, ist ebenso rätselhaft, denn von den obigen sieben Nummern der „B.-Z.“ ist nur in einer einzigen ein Versammlungsbericht des — Schriftführers enthalten, der ebenfalls ungekürzt zum Abdruck kam (Nr. 41). Alle übrigen stammen von anderer Seite oder sind, weil sie sonst nicht zu erlangen waren, aus dem „Vormwärts“ entnommen (z. B. die in Nr. 37 und 42). —

Das aber wird wohl das Mindeste sein, was man verlangen kann, daß nämlich auch bei solchen Fällen, wie dem hier vorliegenden, etwas mehr Ehrlichkeit an den Tag gelegt wird. Es ist nicht schön, wenn man Behauptungen aufstellt, die der Wahrheit nicht entsprechen, oder wenn man Behauptungen in positiver Form aufstellt, von denen man deshalb keine Kenntnis haben kann, weil man selbst darüber nicht berichtet.

Berlin. Die Liniierer sind ein eigenartiges Völkchen. Früher, wo sie noch ohne besondere Vertretung der Kontobuchbranche angegliedert waren, fühlten sie sich als fünftes Rad am Wagen. Auch empfanden sie es als Zurücksetzung, daß sie nicht als Spezialarbeiter im Tarif geführt, bzw. entlohnt wurden. Und das mit Recht. Beide Bestrebungen sind nunmehr aber zu ihren Gunsten ausgearbeitet. Nun sollte man meinen, daß dieser günstige Umkehrung auch ein besonderes Interesse unter den Branchenangehörigen nachgerufen hätte. Dem ist aber nicht so. Während im verfloßenen Jahr sich ja zeitweise eine Besserung im Besuch der Versammlungen kundtat, scheint in diesem Jahre wieder eine Interesslosigkeit einzuweisen zu wollen, welche das Stattfinden von Versammlungen überhaupt in Frage stellt. Das kann aber nicht der Wille der Branchenangehörigen sein. Daher muß es sich ein jeder zur Pflicht machen, die monatlichen Versammlungen zu besuchen und alle Rässigen zum Besuch derselben aufzumuntern. Die Versammlungen finden dem dritten Dienstag im Monat in der „Alten Spreeterrasse“, Brandenburger Ufer, statt.

Leipzig. Daß in Leipziger Buchbindereibetrieben in Kleinigkeiten nicht selten eine besondere Größe entfaltete wird, war erst in Nr. 4 der „Buchbinderzeitung“ zu lesen. Heute sind wir nun in der Lage, einen neuen Beweis für die dort aufgestellte Behauptung zu erbringen. In der Firma E. A. Enders wird jungen Mädchen vor ihrer Einstellung ein Revers folgenden Wortlautes zur Unterschrift unterbreitet:

Revers.

..... tritt mit dem bei der Firma E. A. Enders, Großbuchbinderei, in Stellung, um leichte Buchbinderarbeiten, wie z. B. Falzen, Heften usw. zu erlernen. Diese Lehrzeit wird auf ein Jahr bemessen und ist dieselbe bereit, sich von ihrem Verdienst solange ein Viertel wöchentlich kürzen zu lassen, bis ein Betrag von 20 M. (zwanzig Mark) erreicht ist.

Die Entlohnung ist eine tarifmäßige und erfolgt Freitags in jeder Woche.

Sollte dieselbe das Vertragsverhältnis vor Ablauf eines Jahres ohne geschiedenen Grund lösen, oder der Firma E. A. Enders einen Grund geben, das Verhältnis, gleichviel mit oder ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen, so verfällt der zurückbehaltenen Betrag. Im übrigen gilt die bei der Firma E. A. Enders eingeführte Arbeitsordnung.

Der mitunterzeichnete gesetzliche Vertreter der verpflichtet sich, der Firma E. A. Enders gegenüber 20 M. (zwanzig Mark) sofort aus eigenen Mitteln zu bezahlen, sofern dieselbe ohne geschiedenen Grund das eingegangene Verhältnis nicht ausbält, oder der Firma E. A. Enders einen geschiedenen Grund gibt, das Verhältnis mit oder ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen.

Leipzig, den

Dieser Revers ist gesetzlich unanfechtbar, nur vermögen wir nicht einzusehen, warum in aller Welt nun gerade in der Firma E. A. Enders ein solches Zwangsverhältnis geschaffen werden muß, während es doch in allen anderen Betrieben ohne Revers geht und das nicht einmal schlecht. Jedenfalls haben wir alle Ursache, jungen Arbeiterinnen, die bei der Firma E. A. Enders in Beschäftigung zu treten wünschen, zu raten, sich auf die Unterzeichnung dieses Reverses nicht einzulassen und lieber auf die Annehmlichkeit, in der Firma E. A. Enders arbeiten zu dürfen, zu verzichten, als sich auf ein Jahr zu binden, ohne die mindeste Garantie dafür zu haben, daß ihnen die Stellung zuzagt.

Übrigens hören wir soeben, daß sich bereits die Geschäftskommission sowohl als auch unser Leipziger Bevollmächtigter bemüht haben, die Geschäftsleitung des Betriebes zur Außerfusssetzung des Reverses zu veranlassen, ohne indessen ihren Zweck erreichen zu können, so daß uns auch aus diesem Grunde nichts anderes übrigbleibt, als die GesamtKollegenchaft auf die ungewöhnliche Maßnahme der Firma E. A. Enders aufmerksam zu machen und jungen Arbeiterinnen dringend zu raten, sich vor Unterzeichnung des Reverses zu überlegen, ob es nicht ratfamer erscheint, das Glück in einem anderen Betriebe ohne Revers zu versuchen, als sich aufs Ungeheure auf ein Jahr zu binden.

Bei dieser Gelegenheit sei des ferneren aber auch darauf aufmerksam gemacht, daß im Betriebe vorgenannter Firma die Bezahlung in einem gewissen Akkordlohnssystem stehen. Wie uns versichert wurde, erhalten die Bezahlten eine Prozententschädigung, wenn die Summe des verdienten Lohnes einen bestimmten Betrag überschreitet. Das ist eine klipp und klare Verletzung des Tarifes, der ausdrücklich und einwandsfrei bestimmt, daß Akkordarbeit von Bezahlten unzulässig ist. Wir glauben berechtigt zu sein, darauf verweisen zu dürfen, daß wir solche Extratouren als nicht im Interesse des Tarifes gelegen betrachten und deshalb deren Abstellung erwarten müssen.

Rundschau.

Aus den Parlamenten. Wie bekannt, hatte die Dresdener Polizeibehörde einige Wahlstellen freier Gewerkschaften für politische Vereine erklärt, weil diese Wahlstellen an den sozialdemokratischen Wahlfonds einige hundert Mark als Wahlhilfe entrichtet hatten. Gegenüber der ungenügeren Wahlarbeit von Unternehmerorganisationen aber blieben die Zuschüsse der gleichen Behörde merkwürdig schwach, obwohl das Geschick dieser Organisationen ein größeres Kaliber zeigte. Diese Tatsachen kamen in der Vorwoche im sächsischen Landtag durch einen sozialdemokratischen Abgeordneten zur Sprache. War die Dresdener Polizeibehörde der Unternehmer-

agitation gegenüber blind, dann stellte sich der in den Streikrechtsdebatten des sächsischen Landtages als Hüter der Unternehmerinteressen aufgetretene Minister Bismarck gegenüber den Anklagen unseres Genossen Fleischer u. a. u. Und als dieser in direkter Fragestellung Antwort heijste, da — lachte der Herr Minister und blieb — u. m. m. Blind, taub und stumm gegenüber Unternehmerverfehlungen, das Gegenteil aber, wenn Arbeiter oder deren Organisationen in Frage kommen. Das ganze nennt man dann — Gleichheit vor dem Gesetze. —

Auch das preussische Dreiklassenhaus hatte in der Vorwoche einen großen Tag und das war, als der blaublütige Junker v. Hennigs sich in der Rolle des bekannten Januschauers verjuchte. In der Sitzung vom 8. Februar, während der Staatsdebatte, stimmte dieser die Nationalhymne der Scharfmacher an. Ein Schrei nach Ausnahmgesezen, nach Niedermehelung der Arbeiter, die nicht um jeden Preis und zu jeden Bedingungen arbeiten wollen, hallte durch das Haus. „Durch rechtzeitige Aufbietung der bewaffneten Macht“, so schrie der Junker unter dem Beifallstoben der Dreiklassenmehrheit und unter den Pfuirufen der wenigen Volkswertreter in dieser Versammlung, „hätte das Volk der Berliner Arbeiterviertel (als die Jagowiter in Moabit sich mit unsterblichem Ruhm bedekten. D. M.) sofort zu Paaren getrieben und die Empörung über das parteiische Eingreifen der berufsmäßig Unparteiischen in den Kampf zwischen Arbeit und Ausbeutung in Strömen Blutes erstickt werden können“. Das sind zwar große, aber das Volk der Dichter und Denker tief beschämende Worte; doch ein Trost bleibt uns dabei: Um den Mann ernst zu nehmen, dazu reichen sie nicht aus. —

Die Fortschrittliche Volkspartei hat im neuen Reichstag bereits eine ganze Reihe von Anträgen eingebracht. Darunter verlangt ein Antrag für die Arbeiter die Aufhebung der dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen des § 152 der Gewerbeordnung und Erweiterung des § 153 dahin, daß auch die Verhinderung am geschäftlichen Gebrauch des Koalitionsrechtes unter Strafe gestellt wird. Ein weiterer Antrag fordert eine Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen den landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Arbeitern, dem Gewerbe und deren Arbeitgebern. —

Die Verhinderung des Hausarbeitsgesetzes. Nachdem das Gesetz zum Schutze der Heimarbeiter von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages seines wesentlichsten und wertvollsten Stückes, der Lohnämter zur Festsetzung von Minimallohnen, beraubt und also zu einem fast wirkungslosen Trümmerwerk verurteilt worden ist, setzt jetzt zum Ueberflus auch noch die Arbeit der Bureaukratie ein, um das Infraktieren des kümmerlichen Restes endlos zu verzögern. Es sollte vom 1. April an Gesetzeskraft erlangen. Jetzt aber wird gemeldet, daß der Teil des Gesetzes, der sich auf den Aushang von Lohnverzeichnissen bezieht, zunächst noch nicht in Kraft treten wird. Der Bundesrat kann nämlich nach diesem Teil Ausnahmen zulassen, über die er sich noch nicht schlüssig ist. Die „Vorfenzeitung“ berichtet, „zweifellos sei bei einer Reihe von Arbeitern der Aushang von Löhnen undurchführbar, zum Beispiel in solchen Industrien, wo die Rohstoffe vom Arbeiter geliefert werden oder die Muster sehr häufig wechseln. Es müssen infolgedessen zunächst alle erforderlichen Ausnahmen, die der Bundesrat zulassen kann, ermittelt werden.“ Diese Arbeit könne unter Umständen Jahre in Anspruch nehmen und aus diesem Grunde treten die Bestimmungen des Gesetzes über den Aushang von Lohnverzeichnissen in absehbarer Zeit nicht in Kraft.

Also jahrelange Arbeit wird nötig sein, um die — Ausnahmen festzustellen. Herrliche deutsche Sozialreform!

Die deutsche Arbeiterbewegung hat jetzt die folgenden stattlichen Ziffern aufzuweisen:

Die Gewerkschaften musterten auf ihrem Eisenacher Kongreß im Juni 1872 9920 Mitglieder, jetzt

zählen sie rund 2,5 Millionen! Die beiden Richtungen der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands hatten 1871 rund 25 000 eingeschriebene Mitglieder; heute sind es neunzehntel Millionen, darunter über 100 000 Frauen!

Die Arbeiterorgane ließen sich 1871 an den Fingern abzählen. Es waren an gewerkschaftlichen Blättern der „Korrespondent“ der Buchdrucker, der „Volkshäfer“ der Zigarrenarbeiter, der „Korrespondent“ der Gutmacher, der „Genossenschaftler“ der Gold- und Silberarbeiter, und der „Sprechsaal“ der Porzellanarbeiter. Als politische oder Parteipresse kamen 1871 in Betracht: „Der Volksstaat“ in Leipzig, die „Demokratische Zeitung“ in Berlin, der „Braunschweiger Volksfreund“, der „Dresdener Volksbote“, die Chemnitzer „Freie Presse“, die „Demokratische Blätter“ in Königsberg, das „Fürth demokratische Wochenblatt“ und der „Erimmischauer Bürger- und Bauernfreund“. Zusammen hatten sie kaum 35 000 Abonnenten. Heute haben Partei- und Gewerkschaftspresse eine Auflage von über vier Millionen! Dazu kommen noch die wissenschaftlichen Zeitschriften und die in größeren Zwischenräumen erscheinenden Agitationsblätter.

Das sieht keineswegs nach „vorübergehender Erscheinung“ aus, macht vielmehr den Eindruck einer Bewegung, die nicht nur die Welt ändern will, sondern auch wird.

K.-K. Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine in Preußen. Vor etwa einem Jahre brachte der Abgeordnete Hammer im preussischen Landtag einen Antrag ein, in dem die Regierung ersucht wird, eine Aenderung des preussischen Einkommensteuergesetzes vorzuschlagen, so daß bei den Konsumvereinen nicht nur die Rückvergütung, sondern auch der feste Rabatt der Einkommensteuer unterliegt. Die Parteien beriefen sich im allgemeinen diesem Antrage gegenüber sympathisch. Der sozialdemokratische Redner erhob dagegen entschiedene Proteste, außerdem stimmten in der Kommission mehrere Mitglieder des Zentrums gegen den Antrag. In dem neuen Entwurfe zu einem neuen Einkommensteuergesetz ist von der Regierung der Antrag Hammer bereits vollständig angenommen worden. Die Regierung schlägt darin folgende Fassung vor:

Bei Konsumvereinen gehört zu den steuerpflichtigen Ueberschüssen auch jede den Mitgliedern als Rabatt, Kundengewinn oder unter ähnlicher Bezeichnung gewährte Rückvergütung.

Die Begründung dazu lautet: Bei der Veranlagung der steuerpflichtigen Konsumvereine und ähnlichen Vereinigungen ist es bisher streitig gewesen, ob diejenigen Beträge, welche diese Vereine vielfach ihren Warenabnehmern nach dem Verhältnis der bezogenen Waren am Schluß des Geschäftsjahres unter der Bezeichnung „Rabatt“ oder Kundengewinn zurückzuführen, dem steuerpflichtigen Einkommen zuzurechnen seien oder nicht. Das Oberverwaltungsgericht hat die Steuerpflichtigkeit der Beträge bejaht, wenn sie aus dem der Verfügung der Generalversammlung unterliegenden Reingewinn entnommen worden sind, es hat sie dagegen verneint für solche Beträge, auf deren Zahlung die Warenabnehmer durch den Abschluß des Kaufvertrags nach den Statuten einen von den Beschüssen der Vereinsorgane unabhängigen Anspruch erworben hatten. (Entsch. in Staatsr.-S. Bd. 6 S. 385 — Bd. 11 S. 217 — Bd. 13 S. 405 — Bd. 14 S. 416 und 423.) Die gemachte Unterscheidung entbehrt der wirtschaftlichen Berechtigung, und es erscheint zweckmäßig, die Frage durch das Gesetz zu entscheiden und die Beträge, die in allen Fällen dem erzielten Geschäftsgewinn entstammen, allgemein für steuerpflichtig zu erklären. Die Aenderung entspricht dem im vorigen Jahr im Abgeordnetenhaus eingebrachten Antrage des Abgeordneten Hammer, der am 15. Mai 1911 von der verstärkten Handels- und Gewerbekommission des Abgeordnetenhauses beraten und von dieser Kommission dem Plenum zur Annahme empfohlen worden ist.

Die Begründung ist wirklich außerordentlich bürftig. Wenn die Unterscheidung der wirtschaftlichen Berechtigung entbehrt, dann muß man doch noch immer untersuchen, ob nicht die Besteuerung der Rückvergütung auch in den anderen Fällen unberechtigt ist. Diese Untersuchung stellte der Verfasser der Denkschrift wohlweislich nicht an, weil ihm der Nachweis für die Notwendigkeit der Konsumvereinsbesteuerung auf jeden Fall sehr schwer fallen würde. Tatsächlich liegen die Dinge nämlich so. Die Konsumvereine sind, wie von der Wissenschaft allgemein anerkannt wird, keine Erwerbsunternehmungen, erzielen infolgedessen auch keinen Gewinn. Was sie als Rückvergütung verteilen, ist lediglich Ersparnis. Von dieser Ersparnis könnte man höchstens den Teil, der zur Bildung gemeinsamen Vermögens verwendet wird, besteuern. Eine Besteuerung der gesamten Rückvergütung ist aber durchaus unberechtigt. Troßdem erfolgt sie seit Jahren. Die Konsumvereine haben die Steuern auch ruhig gezahlt,

nur hier und da sind sie, weil ihnen die Ungerechtigkeit doch zu arg wurde, dazu übergegangen, einen festen Rabatt einzuführen. Sobald nämlich der Käufer in dem Augenblick des Kaufes einen Rechtsanspruch auf Rabatt hat, kann diese Summe nach dem geltenden Steuerrechte nicht mehr besteuert werden. Das ist durchaus kein Vorrecht der Konsumvereine, sondern das ist die selbstverständliche rechtliche Regelung, die für alle Händler gilt. Den Mittelständlern war es jedoch unangenehm, daß das ordentliche Steuerrecht den Konsumvereinen die Möglichkeit bot, ihre hohe Steuerumme etwas zu ermäßigen, und sie inszenierten dagegen eine Bewegung, wie man sieht, leider nicht ohne Erfolg. Es soll also nach dem Regierungsentwurfe für die Konsumvereine eine Ausnahmebesteuerung eingerichtet werden. Der Rabatt, der überall steuerfrei bleibt, soll lediglich beim Konsumvereine besteuert werden. Das ist um so skandalöser, als die Konsumgenossenschaften schon heute sehr erhebliche Steuern zahlen, während andere Genossenschaften steuerfrei sind. Nach dem statistischen Jahrbuche für Preußen, 1910, zahlten im Jahre 1910 919 Konsumvereine 414 000 Mark Steuern, während 926 andere Genossenschaften nur 28 600 Mk. Steuern zahlten. Man kann diese Zahl jedoch erst recht würdigen, wenn man bedenkt, daß nach der letzten Statistik der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse in Preußen insgesamt 15 777 Genossenschaften bestanden. Also rund 14 000 Genossenschaften zahlten keine Steuern. Es wird Aufgabe aller organisierten Konsumenten sein, gegen diese neue Ausnahmebesteuerung entschiedene Front zu machen und die Aktion der Konsumgenossenschaftlichen Abwehrkommissionen, die wohl in nächster Zeit einsetzen wird, entschieden zu unterstützen.

Wohnungsnot und Wohnungsgenossenschaften. Nicht nur in den Millionenstädten werden die Wohnungen immer teurer, auch in den kleinen Städtchen und Dörfern sehen wir eine stete Wohnungssteuerung um sich greifen. Unter dieser Steuerung leiden die Frauen natürlich am meisten, denn wenn die Wohnungen teuer sind, dann muß man sich einschränken, eine kleinere und schlechtere Wohnung mieten und an Luft und Licht sparen. Der Mann ist aber meist nur zum Schlafen in der Wohnung und die kleine und enge Wohnung hindert ihn weit weniger als die Frau und die Kinder. Auch hier bietet ja der kapitalistische Staat keine Hilfe, nur kleine Mittelchen stellt er zur Verfügung, die, mit Vernunft und Einsicht verwandt, dem Proletariat allerdings nützen können. Früher, als der Boden noch billiger war, konnte der Arbeiter sich hier und da ein Haus kaufen. Er gab seine Ersparnisse als Anzahlung und zahlte dann nach und nach ab. Heute ist ihm das unmöglich, weil der Boden und das Bauen zu teuer ist. Was er aber als einzelner nicht kann, das kann er im Verein mit seinen Kollegen leicht tun. Das Gesetz über den Wohnungsfürsorgefonds gibt der Arbeiterschaft die Möglichkeit, billiges Baugeld zu erhalten, wenn sie sich zu einer Genossenschaft zusammenschließen und gemeinsam Häuser erbaut. Diese Genossenschaften ermöglichen es auch den Arbeitern, ihre Ersparnisse sicher anzulegen, denn Häuser sind immer ein sicherer Besitz. Ueberall werden nun von der Arbeiterschaft solche Wohnungsgenossenschaften gegründet und auch die Frauen sollten regen Anteil daran nehmen und diese neuen Genossenschaften tatkräftig fördern.

Abrechnungen

vom 4. Quartal gingen weiter bis zum 13. Februar bei der Verbandskasse ein: Bon Gau 1 mit 100,— Mark, Berlin 10 400,— Mk., Brandenburg 200,— Mark, Kottbus 200,— Mk., Rathenow 500,— Mk., Breslau 750,— Mk., Bries 950,46 Mk., Bromberg —,— Mk., Bremerhaven —,— Mk., Gau 8 600,— Mark, Bielefeld 531,17 Mk., Hannover 3722,50 Mk., Gildesheim —,— Mk., Arnstadt 150,— Mk., Gera 160,— Mk., Gotha 50,— Mk., Ruhla 221,11 Mk., Gau 10 337,91 Mk., Bamern-Elsberg 1250,— Mk., Dortmund 250,— Mk., Duisburg-Ruhrort —,— Mk., Essen 220,— Mk., Koblentz 76,20 Mk., Lüdenscheid 128,— Mk., Mühlheim-Oberhausen 70,17 Mk., M.— Gladbach 140,— Mk., Solingen-Wald 400,— Mk., Gießen 46,06 Mk., Mainz 200,— Mk., Wiesbaden 72,08 Mk., Burgstadt 98,93 Mk., Grimma —,— 50 Mk., Sebnitz 100,— Mk., Wurzen 375,— Mk., Zwickau 200,— Mk., Heidelberg 100,— Mk., Saarbrücken 148,86 Mk., Splingen —,— Mk., Karlsruhe 300,— Mark, Pforzheim 1750,— Mk., Reutlingen 200,— Mark, Stuttgart 11 000,— Mk., Gau 16 —,— Mk., Nürnberg-Fürth 220,— Mk., Regensburg 113,10 Mk. und von Augsburg mit 150,— Mk.

Noch nicht abgerechnet haben: Grlitz, Posen, Halberstadt, Apolda, Saalfeld, Weifenfels, Falkenstein und Göppingen. E. Gaucisen.

Bekanntmachungen.

Achtung, Liniierer!

Hierdurch machen wir alle in der Liniierbranche tätigen Mitglieder auf den Zentralarbeitsnachweis der Liniierer usw. aufmerksam und erwarten, daß sich jeder Arbeitslose unverzüglich an untenstehende Adresse wendet, ebenso, daß uns jede Arbeitsgelegenheit zur Kenntnis gebracht wird.

J. A.: Hugo Lemfer,

Berlin SO. 16, Engel-Ufer 14/15, Zimmer 39/40.

Zahlstelle Dresden.

Kartonnagenbranche.

Um eine bessere Erledigung der Geschäfte zu ermöglichen, hat die Zahlstelle Dresden beschlossen, alle Angelegenheiten der Kartonnagenbranche von der Kommission derselben vorberaten zu lassen. Es sind somit alle Zuschriften und Sendungen für die Kartonnagenbranche an den Obmann derselben,

Oskar Bopp, Dresden-N.,

Fürstenstr. 61IV,

zu richten.

Die Verwaltung der Zahlstelle Dresden.

J. A.: Heinrich Lange.

Adressenänderungen.

Vertliche Bevollmächtigte.

Arsnstadt. R. Schnabel, Karl-Marx-Str. 20 I. Bodum. Fr. Biesede, Weilenbrink 4. Mainz. J. Ebert, Hintere Weide 47 III I. Saarbrücken. A. Wiedmaier, Saarbrücken 2, Ludwigsbergstr. 42 II.

Unterstützungs-Auszahlter.

Bodum: Ml. bis 24 Jahre 24 Ml., nachdem 28 Marl. Rußla. R. Walfher, Dornsenplatz 3.

Briefkasten.

F. S. in G. Einzelne Firmen empfehlen wir nicht. — F. B. in C. Nein, er hat das Recht dieses Abzuges nur für die zwei letzten Lohnzahlungsperioden, bei wöchentlicher Lohnzahlung also für die letzten zwei Wochen. — E. D. in St. In nächster Nummer. — E. in S. Desgleichen. — M. E. in C. Desgleichen. — Katholischer Arbeiterverein, Leipzig-Zentrum: Zur Abgabe einer derartigen Berichtigung auf Grund des Pressegesetzes sind Sie nicht legitimiert. Sie sind in dem Artikel gar nicht benannt worden.

Literarisches.

Liste der gewerblichen Gifte und anderer gesundheitsgefährlicher Stoffe, die in der Industrie Verwendung finden. Nach den Beschlüssen des Komitees der Internationalen Vereinigung für gewerblichen Arbeiterschutz entworfen von Prof. Dr. Th. Sommerfeld und Gewerberat Dr. R. Fischer. Redigiert durch den ständigen hygienischen Berat der Internationalen Vereinigung. Jena, Verlag von Gustav Fischer, 1912. Preis 1 Ml.

Die Internationale Vereinigung für gewerblichen Arbeiterschutz hat von Anfang an in ihr Arbeitsprogramm auch den Schutz der durch gewerbliche Gifte gefährdeten Arbeiter aufgenommen. Sie hat es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet, geeignete Grundlagen zu schaffen, auf welchen sich eine wirksame Gesetzgebung zu gedachtem Zwecke aufbauen könnte. Diese Bestrebungen gaben Anlaß zu umfassenden Erörterungen und eingehenden Untersuchungen der auf diesem schwierigen Gebiete auftauchenden Fragen. Dabei spielten unter anderen die Anzeigepflicht für gewerbliche Vergiftungen sowie für die Erzeugung und Verwendung gewerblicher Gifte, die Aufmachung von Arambeitsstätten über besonders gefährdete Betriebe, die angustrebende gewerbehygienische Ausbildung und Schulung der Arbeiter, die sachmännische Beaufsichtigung der gesundheitsgefährlichen Betriebe und die Regelung der Arbeitszeiten der Giftarbeiter eine besondere Rolle. Die Behandlung dieser und ähnlicher Fragen ließ selbstverständlich ein Verzeichnis der Stoffe mit ausgesprochenem Giftcharakter wünschenswert erscheinen.

Die „Giffliste“ liegt nun vor. Sie enthält zunächst eine kurze Geschichte dieser Bestrebungen, sodann ein alphabetisches Verzeichnis der Gewerbegifte. Die Industriezweige, in denen eine Vergiftung in Frage kommt, die Art und der Ort der Einwirkung des Giftes, die Vergiftungserscheinungen sowie die besonderen Maßnahmen gegen die Vergiftung werden hier erörtert. Eine Reihe von Leitfäden aus der Feder Dr. Fischers, Gewerberat in Berlin, über die Stellungnahme der Betriebsleitungen und der Arbeiter zu dieser Frage bildet den Abschluß zu dieser Arbeit. Auf 30 Seiten wird in ihr der gegenwärtige Stand des gewerbeärztlichen Wissensbestandes über Vergiftungen komprimiert und die Grundlage für weitere sachkundige Bestrebungen zur Bekämpfung der industriellen Vergiftungen in allen Ländern geschaffen. Die Giffliste wird den Aramtenstellen, den Gewerbeärzten, den Aufsichtsbeamten, den Betriebsleitern giftverwendender Betriebe, den Gewerkschaften sowie den Arbeitern der giftverwendenden Betriebe selbst wertvolle Dienste erweisen.

Aus den Berichten der Bibliotheken ist zu ersehen, daß die Bände der Zeitschrift „In Freien Stunden“ von den Lesern der Bibliotheken sehr begehrt sind. Es wird daher interessieren, daß soeben

ein neuer Band zur Ausgabe gelangt ist, dessen Anschaffung wir nur empfehlen können, da derselbe wegen seines vielseitigen und interessanten Inhalts ebenso gerne gelesen wird als die früher erschienenen. Aus dem Inhalt erwähnen wir folgendes: Oliber Twist, Roman von Charles Dickens; illustriert von Max Fabian. Aus jüngster Vergangenheit von Gregor Gersjuni. Die Brüder Matheu, Novelle von Moritz Hartmann. Nofol, der Nekrut von Edmund Hofer. Der zerbrochene Krug von Heinrich Büchse. Der Preis beträgt in Leinen gebunden 3,50 Ml., Halbfranzband 4 Ml. Für Bibliotheken ist eine Anzahl Exemplare auf besonders gutem Papier gedruckt worden. Der Preis für diesen Band beträgt in Halbfranz gebunden 5 Ml. Bibliotheken, welche die Bände „In Freien Stunden“ nicht haben, diene die Mitteilung, daß ein großer Teil der früher erschienenen noch zu haben ist. Ein Verzeichnis derselben steht auf Verlangen zur Verfügung beim Verlag, Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & m. b. S. Berlin SW. 68.

Die Aufgaben der Gemeindeverwaltungen in der Sozialgesetzgebung. Von Friedrich Kleis. Berlin 1912. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & m. b. S. Berlin SW. 68. Preis 1 Ml., Vereinsausgabe 40 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Im Verlag von J. S. W. Dieß Nachf. G. m. b. S. in Stuttgart ist soeben erschienen: Die Technik der Arbeit und auf primitiven Kulturstufen. Von Hannah Lemm-Dorff. Herausgegeben von Heinrich Cunow. Das Feuer. Der Wohnungsbau. (18. Bändchen der Kleinen Bibliothek.) Illustriert. Die hierzu gehörenden weiteren beiden Bändchen: Bekleidung und Ernährung — Werkzeuge, Waffen, Schmut werden im Laufe des Jahres erscheinen. —

Damit eröffnet der Verlag ein Abonnement auf die Kleine Bibliothek. Die Technik in der Arbeit soll als Probendänden dienen, das jede Buchhandlung und jeder Kolporteur zur Einsicht vorlegen wird. — Alle Jahre erscheinen fünf bis sechs Bändchen, die aus den mannigfaltigsten Wissensgebieten berichten werden. Der Preis von tüchtigen Mitarbeitern bürgt für einen guten, allgemein verständlichen Inhalt. Die bereits erschienenen Bändchen können je nach Wahl nachbezogen werden. Preis eines jeden Bändchens broschiert 75 Pf., gebunden 1 Ml. Vereinspreis 50 Pf.

ANZEIGEN

Unlieb verspätet.

Unserem Kollegen

Wilhelm Harber

zu seinem 25 jährigen Berufs-Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Die Zahlstelle Stettin.

Unserem lieben Kollegen

Michael Wonta

und seiner lieben Braut

Wiktoria Dlujski

zu ihrer Vermählung die besten Glückwünsche.

Zahlstelle Essen-Ruhr.

Präger, firm auf Schneid- schriftplakate, Re- Namelalender usw. zum möglichst baldigen Eintritt gesucht. Off. m. spez. Angaben bisß. Tätiql. erb. an **J. Radwalsky, Glas in Schlesien.**

1 Mann

Suche ich an jed. Ort zur Ueberrn. einer gut. Vertret. Hoh. Verdienst. Ausf. auf Anfr. kostenl. sofort. Vert. eign. sich für jederm. **Herm. Wolf, Zwickau, Nordstr. 30.**

Verkaufe eine Fachtechn. Bibliothek um die Hälfte des Preises. Alle Werke sind vollständig neu u. un- gebunden. (Kersten, b. exakte Buch- einband; Adam, der Bucheinb.; das Marmorieren; Horn, die Handver- goldung usw.) Adresse: **W. Glanz, Frankfurt a. M., Stegstr. 54II.** (Günstige Gelegenheit für Vereine, Schulen usw.)

Ein Buchbinder (Kundenarbeiter) stellt sich ein **G. Picht Uwe., Landsberg (Warthe).**



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt **O.Th. Winckler, Leipzig**

Bei Husten, Asthma +

Atemnot, Bronchialkatarrh, überhaupt bei Katarrhen der Atmungswege, Verschleimung, Nachtschweiß, Influenza, Schlaflosigkeit, Kratzen im Halse, Erkältung usw. hat schnell und sicher, oft schon über Nacht, mit wunderbarem Erfolge **Pohls Spezial-Methode** (Bestand: Libersche Kräuter, Karmeliter-Tropfen, Wacholder-Bonbons), gewirkt. Garantiert unschädlich. Zahlreiche Dankschreiben. Alles zur Kur Erforderliche Mk. 3.—. Nachnahmespesen extra. Nur echt bei **Georg Pohl, Berlin, Hohenstaufenstraße 69.**

Lohntarif für Buchbinderarbeiten

Preis für Mitglieder 1.— Ml. einschließlich Porto (bei Partie- bezug ermäßigt sich das Porto), für Nichtmitglieder 3,20 Ml.

Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten

Preis für Mitglieder 50 Pf. einschließlich Porto für Nichtmitglieder 1,10 Ml.

Für jeden Berufsgenossen von hohem Wert ist die

Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes und seiner Vorläufer

Preis für Mitglieder 2,30 Ml. einschließlich Porto Preis für Nichtmitglieder 3,30 Ml. einschließlich Porto

Der vorliegende 1. Band gibt einen zusammenfassenden Ueberblick über die Geschichte der Organisation in unserem Berufe bis zur Gründung des jetzigen Verbandes. Er enthält eine reichhaltige Dokumentensammlung und bietet jedem Berufsgenossen außerordentlich viel interessante Momente aus der Vergangenheit. Ein jedes unserer Mitglieder sollte im Besitze des Wertes sein, das auch durch sein vornehmes Aeußere jeder Bibliothek zur Zierde gereicht.